

Protokoll

der 1. Sitzung, Amtsjahr 2024 / 2025

Mittwoch, den 7. Februar 2024, um 9:00 Uhr

Vorsitz:	<i>Claudio Miozzari, Grossratspräsident</i>
Protokoll:	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
Abwesende:	Jérôme Thiriet (GAB), Alexandra Dill (SP), Leonie Bolz (SP), Lea Wirz (GAB), Beda Baumgartner(SP), Lorenz Amiet (SVP).

Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	2
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	5
3.	Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Jo Vergeat, GAB).....	5
4.	Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge David Wüest-Rudin, GLP)	6
5.	Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Anouk Feurer, GAB)	7
6.	Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Claudio Miozzari, SP)	7
7.	Wahl eines Mitglieds des Oberrheinrates (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)	8
74.	Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Tobias Christ, GLP).....	8
8.	Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK.....	9
9.	Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK.....	16
10.	Förderung zeitgenössische Musik; Staatsbeiträge an das Musikbüro Basel für die Jahre 2024 bis 2026; Rahmenausgabenbewilligung Fachausschuss Musik BS/BL für die Jahre 2024 bis 2026/2029 im Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, Ratschlag des RR	23
11.	Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK.....	26
12.	Staatsbeitrag für die Initiative «CLINNOVA – Innovation in Healthcare» für die Jahre 2024 bis 2026», Bericht der GSK.....	31
13.	Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisation zur Erweiterung der Beachhalle Im Wasenboden 6, 4056 Basel, Ratschlag des RR	32

Beginn der 1. Sitzung

Mittwoch, 7. Februar 2024, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[07.02.24 09:00:24]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sehr geehrter Herr Statthalter, lieber Balz, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Rates, sehr geehrte Regierungsrätinnen und Regierungsräte, sehr geehrter Vorsitzender des Gerichtsrates, sehr geehrte Mitarbeitende des Parlamentsdienst und der Staatskanzlei, Medienvertreterinnen und Medienvertreter, Gäste auf der Tribüne und an den Bildschirmen, liebe Familie und Freunde. Manchmal darf ich Führungen machen hier im Rathaus mit dem Kinderbüro und das mache ich sehr gerne, weil bei den Kindern immer eine riesige Faszination für unser buntes Haus zu spüren ist. Am liebsten habe ich es, wenn Sie mich mit 1000 Fragen löchern über unseren Betrieb, aber auch über irgendwelche Details hier im Haus. Ist das Türmchen auf unserem Dach aus echtem Gold? Wieso hat der Römer neben unserem Treppenaufgang rote Unterhosen an? Was sind das für Wappen hier oben bei der Tribüne?

Wüssten Sie Antworten auf diese Fragen? Bestimmt hat sich ihr Blick während einer Sitzung auch schon mal in einer der Darstellungen hier im Raum verloren. Gross inszeniert über uns ist die Aufnahme Basels in die Eidgenossenschaft, gegenüber haben wir grosse Darstellungen von Handel und von Wissenschaft. Die Medaillons zwischen den Fenstern hier drüber erinnern an grosse Basler Staatsmänner, der damaligen Zeit entsprechend vor allem Männer und viele mit Bart oder einzelne davon, zumindest Johann Rudolf Wettstein, der für die Schweiz die Loslösung vom deutschen Reich aushandelte oder Wilhelm Klein, der Basel die direkte Demokratie brachte. Es gibt aber auch viele kleinere Darstellungen über den Türen und Inschriften, die uns ganz direkt ansprechen. Ihr Grossrätinnen und Grossräte, Ihr Regierungsrätinnen und Regierungsräte seid klug wie Penelope über der ersten Türe zum Vorzimmer, tapfer wie Lucius Scaevola, gerecht wie Seleucus über der dritten Türe oder massvoll wie Alexander der Grosse hier drüben. Salus Publica Suprema Lex das steht dort drüben, das Gemeinwohl ist das oberste Gebot. Leichter gesagt als getan, aber ich würde behaupten, alle hier drin handeln entsprechend, zumindest meistens. So unterschiedlich die Grundhaltungen Ängste und Wünsche sind, unser gemeinsamer Nenner ist das Ziel für das Wohlergehen der Bevölkerung zu wirken.

Natürlich sind wir uns überhaupt nicht einig, wo wir diesbezüglich stehen und wo wir langgehen sollten. Und diese Uneinigkeit wird anhalten, solange die Demokratie funktioniert. Und doch ist uns gemeinsam, dass wir uns nach Kräften engagieren für das, was uns wichtig scheint. Diese Gemeinsamkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist wertvoll und wichtig. Sie bietet die Grundlage für die immer wieder erneuerte gemeinsame Lösungssuche und für den kollegialen Umgang vor, während und nach Debatten und Abstimmungen. Zu einer guten Diskussionskultur gehört es natürlich auch, dass politische Dispute hier am Rednerpult ihren Raum finden. Es dürfen auch mal pointierte Reden gehalten werden. Wir haben aus Gesellschaft ja auch Herausforderungen zu meistern. Die Schreckensmeldungen von internationalen Konflikten und die Verwerfungen, die das auch bei uns auslöst, aggressive Rhetorik, die ganze demokratische Ordnungen erschüttert, die schamlose Infragestellung von humanitären Übereinkünften auch bei uns. All das macht mir Sorgen und all das hat natürlich auch Auswirkungen auf unsere Diskussionen.

Ich möchte in diesem Kontext mit aller Deutlichkeit für unsere Demokratie und für die Achtung der Menschenrechte eintreten, und ich freue mich, wenn es mir möglichst viele gleichtun. Es schadet manchmal auch nicht, demütig zu sein und sich vor Augen zu führen, dass wir nur eines von vielen Kantonsparlamenten in der Schweiz sind und dass unser Kompetenzbereich von hier in alle Richtungen spätestens noch acht Kilometern aufhört und normalerweise schon viel früher. Wir sind der flächenmässig kleinste Kanton der Schweiz. In diesem engen Bereich bestimmen wir als Parlament vieles. Zugleich erreichen wir aber immer nur einen Teil der Menschen. Wir repräsentieren einen guten Teil der Wählerinnen und Wähler, wir sind vielleicht fast ebenso bunt und durchmischt wie sie, aber es ist auch wahr, dass mehr als die Hälfte von ihnen gar nicht gewählt hat und ein weiterer, noch diverserer Teil der Bevölkerung überhaupt nicht wahlberechtigt ist.

Auch mit dem immer kleiner werdenden Anteil von Wahlberechtigten in unserer Bevölkerung müssen wir uns auseinandersetzen. Ich finde, unser Wahlrecht soll sich weiterentwickeln, aber Sie werden ja schon sehr bald über entsprechende Vorlagen abstimmen. Ausserdem und sowieso braucht es unser stetiges Bemühen, den Menschen zuzuhören. Nur wenn wir uns für verschiedene Lebensrealitäten interessieren, wird es uns gelingen, diesen gerecht zu werden und Lösungen zu finden, die zum Vorteil aller sind.

Was, liebe Kolleginnen und Kollegen, denken Sie beeindruckt die Schülerinnen und Schüler im Rathaus am meisten? Ich verrate es Ihnen, mehr noch, wir führen es Ihnen vor. Die krassste Wirkung hat unsere Technik und wie sie in diesem historizistischen Saal verbaut, ja versteckt ist. Haben Sie schon mal bewusst mitverfolgt, wie unsere Bildschirme und

Leinwände aus dem Täfer fahren? Ich finde das, ähnlich wie unsere Kinder, ziemlich crazy. Ja, ein Highlight ist es jeweils auch, wenn Klassen am Mikrophon des Redepultes debattieren und an unseren Knöpfen über Fragen abstimmen. Die Kinder und Jugendlichen sehen dabei, dass wir gleich funktionieren wie sie, wenn sie in der Klasse Entscheide fällen. Man bringt Argumente vor, man sucht nach einem Kompromiss und wenn es nötig ist, stimmt man halt noch Mehrheitsentscheid ab und dieser wird dann auch von der Minderheit akzeptiert.

Gerne behaupte ich am Ende der Führungen auf dem Turm des Rathauses jeweils, dass die Kinder nach ihrem Besuch dieses Haus besser kennen als viele Ratsmitglieder. Diese Behauptung möchte ich nun verifizieren und zwar per Abstimmung. Die Kinder auf den Führungen werden jeweils gefragt, ob sie zuvor schon mal im Rathaus waren. Das frage ich Sie jetzt natürlich nicht. Meine Frage an sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, lautet: waren Sie schon einmal auf dem Rathaus Turm?

Abstimmung

Abstimmung in der Eröffnungsrede

JA heisst, Sie waren schon einmal auf dem Rathausurm, NEIN heisst, Sie waren noch nie auf dem Rathausurm.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 47 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002767, 07.02.24 09:08:35]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: 47 waren noch nicht auf dem Rathausurm, 42 waren schon mal dort oben. Immerhin und 2 wollen es nicht sagen oder sind nicht mehr sicher, ob sie schon mal dort oben waren.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich mag sie, diese Momente, wenn die Bänke im Grossratssaal so gut besetzt sind, wenn die politischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger sich versammeln, wenn wir Verantwortungsgefühl und Wertschätzung für unsere politischen Institutionen zeigen. Dass ich heute an so einem Moment sprechen darf, erfüllt mich mit Stolz und mit Demut. Mit Ihrer Unterstützung darf ich unseren Verhandlungen nun ein Jahr lang vorstehen. Ich werde mich nach bestem Wissen und Gewissen darum bemühen, dass wir geordnete Debatten führen und Entscheide korrekt fällen. Und ich werde mich auch ausserhalb dieses Hauses dafür einsetzen, dass die Menschen in unserem Kanton möglichst viel mitbekommen von unserer Parlamentsarbeit. Ich werde erzählen, dass man mit uns in Kontakt treten kann und dass man sich einbringen kann, dass die Demokratie vom Engagement aller lebt, und dass gute, tragfähige Entscheide auch in diesem Saal hier nicht vom Himmel fallen, auch wenn wir Bildschirme aus dem Täfer fahren lassen können.

Hiermit eröffne ich das 4. Amtsjahr der 44. Legislatur des Grossen Rates Basel-Stadt. (*Langer Applaus*).

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ganz herzlichen Dank. Jetzt darf ich Sie auch noch zur heutigen Sitzung begrüssen und ich habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Neues Ratsmitglied: Ich habe die Freude, ein neues Mitglied in unserem Rat begrüssen zu dürfen. Lukas Bollag von der GLP nimmt den Platz des zurückgetretenen David Wüest-Rudin ein. Ich bitte Lukas Bollag, sich kurz von seinem Sitz zu erheben und wünsche ihm für seine verantwortungsvolle Aufgabe alles Gute und heisse ihn hier herzlich willkommen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Fotograf im Saal: Heute Vormittag macht der Fotograf Michael Fritschi neue Bilder zu unserem Parlamentsgeschehen. Die Bilder werden in einigen Tagen in der Bildergalerie auf der Homepage des Grossen Rates aufgeschaltet und sind dann frei zum Download.

Zwei runde Geburtstage: Ivo Balmer und Franziska Roth feierten zusammen den 100. Geburtstag. Aus diesem Anlass spendieren Sie heute morgen den Kaffee. Im Namen des Grossen Rates gratuliere ich den beiden ganz herzlich zum Geburtstag und bedanke mich für diese grosszügige Gäste.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Neue Interpellationen: Es sind 14 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummern 1, 2, 5 und 10 werden mündlich beantwortet heute Nachmittag.

Das waren die Mitteilungen. Wir kommen damit zur Tagesordnung: Antrag auf ein neues Traktandum. Die Fraktion GLP beantragt, ein neues Traktandum 74. Wahl eines Mitglieds der UVEK, Nachfolge Tobias Christ auf heute, nach Traktandum 7, anzusetzen. Möchte die Fraktion begründen oder gibt es Gegenanträge? Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der Traktandierung einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

Dringliche Traktandierung, Motion 9: Joël Thüring beantragt die Motion betreffend «Bequem durch die Innenstadt mit einem Tramersatz, damit betagte und mobilitätseingeschränkte Personen und das Gewerbe nicht vergessen werden» dringlich zu traktandieren. Möchte der Motionär begründen? Er möchte es.

Joël Thüring (SVP): Herr Präsident, meine Damen Herren, ich bitte Sie, diese Motion auf die Traktandenliste für diesen Monat zu setzen. Es geht hier um eine Tramspernung in der Innenstadt, voraussichtlich im April dieses Jahres, und deshalb macht es Sinn, dass wir heute darüber diskutieren. Sie können sie danach auch ablehnen, aber zumindest heute darüber diskutieren, um entsprechend diese Sache für den April aufzulösen.

Es ist mir auch klar, dass es sich um eine erste Überweisung der Motion handelt. Nichtsdestotrotz halte ich es für nicht besonders sinnvoll, wenn während eines ganzen Monats kein Tram durch die Innenstadt fahren kann und auch kein Tramersatz möglich ist. Gerade ältere Menschen möchten vielleicht doch gerne die Möglichkeit haben, in die Stadt zu gehen, einkaufen zu gehen oder allenfalls auch etwas essen zu gehen, und das wird erschwert, wenn keine Tram und auch keine Tramersatzmöglichkeiten in der Innenstadt bestehen.

Deshalb bitte ich Sie, diese Motion heute für dringlich zu erklären.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor. Sie wird abgelehnt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die nächste Sprecherin ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Wir finden nicht, dass diese Motion dringlich behandelt werden soll. Ja, es geht um eine Tram-Spernung im April. Ich glaube aber, eine Motion ist der falsche Weg. Sie hätten zum Beispiel das Telefon in die Hand nehmen und Regierungsrätin Esther Keller anrufen können, Sie haben ihre Handynummer. Man kann sie ansprechen, es wäre nicht so schwierig gewesen. Man hätte eine Interpellation einreichen können. Dass es immer gleich eine Motion sein muss, verstehen wir nicht, dass man sie dann auch noch dringlich traktandieren muss, riecht für mich vor allem nach Wahlkampf. Wenn Ihnen die Rechte von Personen, die mobilitätseingeschränkt sind, so sehr am Herzen liegen, wie Sie sagen, dann hätten Sie sich zum Beispiel auch 2019 beim Behindertengleichstellungsgesetz, also dem Gesetz, das dem zugrunde liegt, dass diese Menschen überall in der Stadt in das Tram einsteigen können, vielleicht nicht enthalten sollen, Joël Thüring. Für uns ist das einfach billige Polemik und wir sind dagegen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Die Fraktion der LDP wünscht die dringliche Behandlung dieser Motion und wird sich entsprechend stimmlich verhalten. Es geht eigentlich darum, dass wir das entweder heute dringlich machen oder wir machen es gar nicht. Denn wenn man dies erst im Februar behandelt und es dann noch zu einer Zweitüberweisung kommt, dann kann man es ja auch gleich sein lassen. Und billige Wahlpolemik hin oder her, auf 2019 und das entsprechende Abstimmungsverhalten zu verweisen, das ist auch etwas sehr billig, Jessica Brandenburger.

Ich finde, wir sollten mal darüber reden, wir könnten ein starkes Zeichen setzen an die BVB mit einer starken Überweisung, dass es nämlich einfach nicht geht zu sagen, wir sperren die Innenstadt für einen Monat und ihr könnt ja alle zu Fuss gehen. Insofern mag die Motion vielleicht nicht das absolut perfekte Mittel sein, aber es ist das stärkste, das wir haben, und die LDP ist dafür, dass wir dieses anwenden.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich unterstütze natürlich das Anliegen Joël Thüring. Ich möchte ganz kurz auf meine Vorrednerin Jessica Brandenburger zu sprechen kommen. Sie hat gesagt, es rieche nach Nachwahlkampf. Aber was Sie Joël Thüring an den Kopf werfe, machen Sie ja selber. Es ist erlaubt.

Und Jessica Brandenburger, wenn Sie sagen, es riechet nach Polemik, muss sich das ganz klar zurückweisen. Was Joël Thüring fordert, ist eine ganz eine normale Sache, die er beantragen kann. Auch die Liste Ausländer Stopp wird natürlich den Antrag von der SVP in der langen parteipolitischen Geschichte unterstützen. Da können Sie auch schmunzeln und lächeln, wie Sie es jetzt machen, aber meine Stimme haben Sie nicht, Jessica Brandenburger.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Entgegen der Kreuztabelle werden wir Grünliberalen Nein zur dringlichen Traktandierung sagen. Jessica-Brandenburger hat es sehr schön gesagt betreffend der Dringlichkeit respektive der Motion. Eine Interpellation oder ein direkter Kontakt zu Regierungsrätin Esther Keller hätte es auch getan.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur dringlichen Traktandierung von Motion 9 vor. Da der Motionstext nicht drei Wochen vor der Sitzung den Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt wurde, ist für die dringliche Traktandierung ein Zweidrittelmehr notwendig. Wir stimmen darüber ab.

2/3-Abstimmung

JA heisst dringliche Traktandierung, NEIN heisst keine dringliche Traktandierung.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 50 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002769, 07.02.24 09:20:31]

Der Grosse Rat beschliesst

keine dringliche Traktandierung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben die dringliche Traktandierung abgelehnt mit 37 Ja-Stimmen gegen 50 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Es liegen zum Traktandum 1 keine weiteren Wortmeldungen vor. Sie haben die Tagesordnung stillschweigend genehmigt und Geschäft Nummer 1 ist somit erledigt.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[07.02.24 09:20:53]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen hier keine Wortmeldungen vor. Ihrem Stillschweigen entnehme ich, dass Sie mit der vom Büro vorgeschlagenen Zuweisung dieser Geschäfte einverstanden sind. Sie haben so beschlossen.

3. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge Jo Vergeat, GAB)

[07.02.24 09:21:14]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich beantrage Ihnen, die Wahlen bei den Traktanden 3 bis 7 und auch 74 offen durchzuführen, da die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Die Abstimmungen werden natürlich immer noch einzeln durchgeführt. Für offene Wahlen braucht es die

Zustimmung eines Zweidrittelmehr, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen. Wir kommen zur Abstimmung über offene Wahl.

2/3-Abstimmung

JA heisst offene Wahlen bei den Traktanden 3 bis 7 und 74, NEIN heisst geheime Wahlen

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002773, 07.02.24 09:22:29]

Der Grosse Rat beschliesst

offene Wahlen bei den Traktanden 3 bis 7 und 74

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den offenen Wahlen zugestimmt mit 88 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme bei keiner Enthaltung. Gemäss § 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche auf Mitglieder der Fraktion GAB laufen.

Für die Wahl als Mitglied der Finanzkommission der Fraktion GAB vorgeschlagen wurde Anouk Feurer. Es sind keine weiteren schriftlichen Wahlvorschläge eingegangen.

Wir kommen zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Anouk Feurer wählen will, stimmt JA, Wer sie nicht wählen will, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002775, 07.02.24 09:23:43]

Der Grosse Rat wählt

Anouk Feurer als Mitglied der Finanzkommission

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Ich gratuliere Anouk Feurer zur Wahl als Mitglied der Finanzkommission und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt. Sie haben 87 Ja-Stimmen eine Nein-Stimme und eine Enthaltung abgegeben.

4. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission (Nachfolge David Wüest-Rudin, GLP)

[07.02.24 09:24:23]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied der Finanzkommission für die GLP vorgeschlagen wurde Tobias Christ. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion GLP. Es sind keine weiteren schriftlichen Wahlvorschläge eingegangen. Somit kommen wir zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Tobias Christ wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002778, 07.02.24 09:24:51]

Der Grosse Rat beschliesst

Tobias Christ als Mitglied der Finanzkommission zu wählen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben Tobias Christ mit 87 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und 2 Enthaltungen in die Finanzkommission gewählt.

Ich gratuliere ihm zur Wahl als Mitglied der Finanzkommission und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

5. Wahl eines Mitglieds der Petitionskommission (Nachfolge Anouk Feurer, GAB)

[07.02.24 09:25:10]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Auch hier sind nur Wahlvorschläge zulässig aus der Fraktion GAB. Es wurde schriftlich Jo Vergeat als Kandidatin für die Petitionskommission gemeldet von der Fraktion.

Wir kommen auch hier zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Jo Vergeat wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002781, 07.02.24 09:26:03]

Der Grosse Rat beschliesst

Jo Vergeat als Mitglied der Petitionskommission zu wählen

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben auch hier der Wahl zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und einer Enthaltung. Ich gratuliere Jo Vergeat zur Wahl als Mitglied der Petitionskommission und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

6. Wahl eines Mitglieds der Bildungs- und Kulturkommission (Nachfolge Claudio Miozzari, SP)

[07.02.24 09:26:21]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Von der SP wurde Michela Seggiani für die Bildungs- und Kulturkommission nominiert. Es sind keine weiteren schriftlichen Wahlvorschläge eingegangen. Wir kommen zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Michela Seggiani wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002783, 07.02.24 09:27:08]

Der Grosse Rat beschliesst

Michela Seggiani als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission zu wählen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben der Wahl zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen einer Nein-Stimme und einer Enthaltung. Ich gratuliere Michela Seggiani zur Wahl als Mitglied der Bildungs- und Kulturkommission und wünsche ihr Freude und Erfolg im neuen Amt.

7. Wahl eines Mitglieds des Oberrheinrates (Nachfolge Christian von Wartburg, SP)

[07.02.24 09:27:25]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied des Oberrheinrates von der Regiokommission vorgeschlagen wurde das bisherige Ersatzmitglied Felix Wehrli. Wählbar sind Personen der Regiokommission. Zudem schlägt die Regiokommission neu als Ersatzmitglied Melanie Eberhard vor. Es sind keine anderen schriftlichen Wahlvorschläge eingegangen. Wir kommen zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Felix Wehrli als Mitglied und Melanie Eberhard als Ersatzmitglied des Oberrheinrates wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002785, 07.02.24 09:28:32]

Der Grosse Rat beschliesst

Felix Wehrli als Mitglied und Melanie Eberhard als Ersatzmitglied des Oberrheinrates zu wählen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben der Wahl zugestimmt mit 88 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen.

Ich gratuliere Felix Wehrli und Melanie Eberhard zur Wahl und wünsche ihnen Freude und Erfolg im neuen Amt.

74. Wahl eines Mitglieds der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Nachfolge Tobias Christ, GLP)

[07.02.24 09:28:50]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Wahl als Mitglied der UVEK wurde von der Fraktion GLP vorgeschlagen Lukas Bollack. Wählbar sind Mitglieder der Fraktion GLP und es sind keine anderen schriftlichen Wahlvorschläge eingegangen. Wir kommen zur offenen Wahl.

Abstimmung

Wer Lukas Bollack wählen will, stimmt JA. Wer die Wahl ablehnt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002787, 07.02.24 09:29:41]

Der Grosse Rat beschliesst

Lukas Bollack als Mitglied der Umwelt-, Verkehr- und Energiekommission zu wählen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben der Wahl zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

Ich gratuliere Lukas Bollack zur Wahl als Mitglied der UVEK und wünsche ihm Freude und Erfolg im neuen Amt.

8. Bewilligungen von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

[07.02.24 09:29:59, 23.1343.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, Ausgaben in der Höhe von insgesamt 8,86 Millionen zu bewilligen. Für die Kommission geht das Wort an deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Seit der Eröffnung im Jahre 1997 trägt die Fondation Beyeler stark zur Strahlkraft der Museumsstadt Basel bei. Ohne die Institution würde dem Kanton ein Publikumsmagnet fehlen, von dem wir alle profitieren. Die Fondation weist eine hochklassige Sammlung und ein innovatives Vermittlungsprogramm auf. Darum ist der Staatsbeitrag in der BKK völlig unbestritten. Die Fondation Beyeler hat ein weiteres Mal eine Erhöhung des Beitrags beantragt, worauf der Regierungsrat ein weiteres Mal nicht eingetreten ist.

Am Hearing haben die Vertreterinnen und Vertreter der Fondation argumentiert, dass sie eigentlich ein erfolgreiches Finanzierungsmodell aufweisen würden mit Selbstfinanzierung, Subventionen und Stiftungsgeldern. Das Modell gerate jedoch immer mehr in Schieflage, da in den Anfangszeiten die Subventionen 50 Prozent ausgemacht hätten und jetzt lediglich noch bei 9 Prozent des gesamten Finanzbedarfs liegen. So werde die nachhaltige finanzielle Basis dem Museum entzogen. Die Betriebsbeiträge der Stiftung seien plafoniert und hätten ihr Maximum erreicht. Eine grosse Herausforderung seien die gestiegenen Ausgaben für Energie, Digitalisierung, die Besucherkommunikation und für die Personalkosten, da die Mindestlöhne angehoben worden seien. Zudem belastet der Wegfall der Betriebsbeiträge des Kantons Basel-Landschaft, der jeweils zwischen 300'000 und 400'000 Franken jährlich betragen hat, stark.

Der Regierungsrat begründet die Absage an eine Beitragserhöhung damit, dass einerseits die Fondation Beyeler bereits den höchsten Beitrag aller privaten Museen erhalte und nicht klar aufzeigen könne, dass sie ohne Staatsbeitrag nicht existieren könne, da sie von einer grosszügigen mäzenatischen Defizitgarantie profitiere.

Die BKK hat nach den beiden Hearings mit dem Präsidialdepartement und der Fondation Beyeler eine sorgfältige Abwägung der gehörten Argumente gemacht und sie beantragt dem Grossen Rat eine Erhöhung der Staatsbeiträge um 250'000 Franken pro Jahr. Die Fondation Beyeler legt klar dar, dass sie zwar Beiträge aus der Stiftung erhalten würde, dass die Stiftung aber keine Defizitgarantie abgebe. Die Stiftungssubstanz dürfe nicht signifikant gemindert werden, da die Stiftung keine neuen Mittel erhalte und nicht als Verbraucherstiftung gelte. So seien die Beiträge beschränkt und das Beitragsmaximum sei erreicht. Zudem seien Beiträge von weiteren Stiftungen oder privaten Gönnern und Gönnerinnen ebenfalls begrenzt und andere Museen und kulturelle Institutionen sind ebenfalls auf diese Gelder angewiesen.

Der BKK ist wichtig, dass die Fondation Beyeler nicht in eine Abwärtsspirale gerät, denn wenn das strukturelle Defizit steigt, ist eine nachhaltige Finanzierung nicht mehr gegeben. Mit dieser Erhöhung möchte die BKK, dass die Fondation ihre Strahlkraft weiterhin erhalten kann und dass das ausgezeichnete Vermittlungsangebot vor allem auch für junge Menschen erhalten werden kann. In diesem Zusammenhang ist der BKK aber auch wichtig zu erwähnen, dass sich die Verantwortlichen der Fondation Beyeler weiterhin und intensiv um finanzielle Beiträge aus dem Kanton Basel-Landschaft bemühen sollen.

Auch Schulklassen aus unserem Nachbarkanton können die Angebote der Fondation kostenlos nutzen, was auch gemacht wird. Aus Sicht der BKK soll hier der Kanton Basel-Landschaft auch eine finanzielle Mitverantwortung übernehmen.

Die BKK hat in ihrer Diskussion noch weitere Themen wie den Neubau und die Tatsache, dass die Fondation Beyeler sich entwickeln kann, ohne sich mit dem Kanton abzusprechen, angesprochen. Das führe ich jetzt nicht nochmals aus, sondern verweise, weil es eben schon auch wichtig ist, auf den schriftlichen Bericht.

Die BKK beantragt entsprechend dem Grossen Rat einstimmig, Ausgaben in der Höhe von 2,215 Millionen Franken pro Jahr für die Jahre 2024 bis 2027 zu bewilligen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit hat das Wort Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Gerade bei der diesjährigen Museumsnacht ist uns allen wieder bewusst geworden, dass sich Basel im Kulturbereich dank der grossartigen Museen erfolgreich positionieren kann. Private Museen leisten daran wichtige Beiträge. Heute steht die Erneuerung des Staatsbeitrags der Fondation Beyeler beziehungsweise deren Trägerschaft, die Beyeler Museum AG und ihre Förderung durch die öffentliche Hand zur Debatte.

Die Fondation Beyeler ist überregional und international das bedeutendste private Basler Museum und sie ist das meist besuchte Kunstmuseum der Schweiz. 2022 waren es 363'000 Besucherinnen und Besucher. Aktuell erhält die Beyeler Museum AG vom Kanton Basel-Stadt die Summe von 1,965 Millionen Franken pro Jahr. Sie hat um Erneuerung des Staatsbeitragsverhältnisses für die Jahre 2024 bis 2027 und um eine pauschale Erhöhung um 500'000 Franken pro Jahr ersucht. Das Gesamtbudget der Institution beträgt rund 30 Millionen Franken pro Jahr.

Die Fondation Beyeler ist bekannt für ihr grossartiges Ausstellungsprogramm, das zwischen populären Publikumsausstellungen und der Präsentation unbekannter Positionen oszilliert. Sie verfügt über eine hochkarätige Sammlung klassischer Moderne, über ein innovatives Vermittlungsprogramm für junge Erwachsene und ein ebenso hervorragendes Event-Programm. Ihre finanzielle Lage ist im Grundsatz stabil. Die Institution generiert rund 55 Prozent ihrer Erträge selber und akquiriert einen wesentlichen Teil ihrer Mittel durch privates Sponsoring, Mäzenatentum und Mitgliedschaften. Der Staatsbeitrag, das ist ausgeführt worden, macht aktuell 9 Prozent aus. In den letzten Jahren kamen zum Staatsbeitrag noch zwei spezifische Positionen dazu. Das betrifft eine Kurzarbeits- und Ausfallentschädigung wegen der Coronapandemie von total 4,8 Millionen Franken, und ein Transformationsprojekt für digitale Transformation wurde ebenfalls unterstützt mit 95'800 Franken. Die Fondation Beyeler investiert laufend in die räumliche Infrastruktur. Aktuell liegt der Fokus auf dem Neubau von Peter Zumthor im Iselin-Weber-Park. Der Neubau soll 2025 eröffnet werden und ist vollständig durch Drittmittel finanziert.

Nun hat die Institution um eine Erhöhung der Staatsbeiträge um 500'000 Franken ersucht. Ihr Hauptargument, wir haben es gehört von der Kommissionspräsidentin, lautet, die ursprüngliche Verteilung der Ertragssäulen Eigenmittel, Drittmittel und Kanton entsprechen nicht mehr ihren einmal geplanten Verhältnissen. Der Beitrag des Kantons sei trotz massiver Weiterentwicklung im Budget und Ausbau des Angebots seit 1997 kaum angepasst worden.

Der Regierungsrat würdigt die Entwicklung und den Erfolg der Fondation Beyeler umstandslos und ist sich bewusst, welche tragende Rolle sie für die Ausstrahlung Basels als Museums- und Kunststadt spielt. Die Fondation Beyeler ist grossartiger Partner in der Basler Kulturlandschaft. Sie ist ein Segen für die Stadt und unsere Region. Der Regierungsrat bestreitet daher die Sinnhaftigkeit der Förderung durch den Kanton in keiner Weise und befürwortet sie vollumfänglich. Einer Erhöhung stimmt der Regierungsrat aber nicht zu, denn in ihrer positiven Entwicklung ist die Fondation Beyeler im Quervergleich wenig abhängig von den kantonalen Geldern, gerade weil sie von einer grosszügigen mäzenatischen Defizitgarantie profitiert.

Es ist wichtig, sich an dieser Stelle das Staatsbeitragsgesetz in Erinnerung zu rufen, das eben die Notwendigkeit einer staatlichen Förderung voraussetzt, subsidiär zu den privaten Mitteln, die im Vordergrund stehen sollen. Dies sieht die Regierung hinsichtlich des neuen Erhöhungsantrags jetzt nicht ausgegeben. Der Regierungsrat möchte deshalb bei der Weiterführung der Staatsbeiträge in bisheriger Höhe von 1,965 Millionen Franken pro Jahr bleiben und befürwortet wie bisher eine vierjährige Laufzeit.

Der Regierungsrat anerkennt die sorgfältige Auseinandersetzung der BKK mit diesem Ratschlag und nimmt zur Kenntnis, dass sie sich mit ihrem Bericht für eine Erhöhung der Staatsbeiträge um 250'000 Franken einsetzt, damit dem Antrag der Trägerschaft zur Hälfte entsprechen möchte. Die BKK verweist auch auf die Thematik einer wünschbaren Unterstützung seitens des Kantons Basel-Landschaft. Wegen veränderten Vergabekriterien des Swisslos-Fonds Basel-Landschaft erhält das Museum seit 2017 von diesem keine Unterstützung mehr, was gemäss Information der Institution zu Einnahmeausfällen zwischen 250'000 und 400'000 Franken pro Jahr führe.

Der Regierungsrat kann die Entscheidung des Swisslos-Fonds Basel-Landschaft in diesem Fall nur zur Kenntnis nehmen. Er sieht gleichzeitig keinen Anlass, einen Ausfall der Swisslos-Fondsmittel aus Basel-Landschaft mit einer Erhöhung der Staatsbeiträge durch den Kanton Basel-Stadt zu kompensieren.

Ich möchte Ihnen damit abschliessend empfehlen, dem Regierungsrat zu folgen, der Weiterführung der Staatsbeiträge an die Beyeler. Museums AG zuzustimmen bin überzeugt, dass auch damit weiterhin ein hoch attraktives Angebot für die Basler Bevölkerung erhalten, unterstützt und weiterentwickelt werden kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Da wir auch über einen Nachtragskredit befinden, haben wir auch eine Sprecherin der Finanzkommission, die wir vorher übersprungen haben. Wir gehen deshalb jetzt zurück zu den Kommissionssprechenden und ich erteile der Vizepräsidentin der Finanzkommission Michela Seggiani das Wort.

Michela Seggiani (SP): Der Form halber darf ich als Vizepräsidentin der Finanzkommission Ihnen Folgendes mitteilen. In der Finanzkommission haben wir zum Erhöhungsantrag respektive zum Nachtragskredit der BKK, zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Beyeler Museum AG für die Jahre 2024 bis 2027 einstimmig beschlossen, diesen zur Genehmigung zu beantragen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Damit kommen wir zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern. Da hat sich als erster für die SVP Joël Thüring eingetragen.

Joël Thüring (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, dem Antrag der Bildungs- und Kulturkommission zu folgen und entsprechend diese Staatsbeitragserhöhung zu bewilligen. Wir sprechen ungern von Leuchttürmen, aber wenn wir einen Leuchtturm in unserer Region im kulturellen Bereich haben, dann ist das neben dem Kunstmuseum sicher die Fondation Beyeler. Das ist ein Museum mit nationaler und internationaler Strahlkraft. Wenn man über Basel, über unsere Region und über Kultur spricht, dann kommt man nicht darum herum, das Beyeler-Museum in Riechen zu erwähnen. Das ist einer dieser Leuchttürme, die unsere Kulturstadt Basel, unsere Region in Fragen der Kultur ausmacht. Ich glaube, das dürfen wir an dieser Stelle wirklich auch noch einmal ganz deutlich hervorheben.

Es ist ein Museum mit Strahlkraft und man sieht es auch, dass dieses Museum Strahlkraft hat. Das sieht man Jahr für Jahr an den Besucherzahlen, das sieht man aber auch daran, dass es dem Museum immer wieder gelingt, herausragende und hervorragende Ausstellungen zu kuratieren, mit spannenden Ausstellungen auch Menschen in unsere Region zu bringen, die dann wieder zur Wertschöpfung nicht nur für das Museum beitragen, sondern eben auch für die Wertschöpfung unserer Region ganz wichtig sind.

Deshalb ist es uns auch sehr wichtig, hier festzuhalten, dass wir es eben sehr wohl für richtig erachten, dass dieser Staatsbeitrag nun für die Fondation erhöht wird. Wir haben diese Diskussionen auch in der Kommission geführt, ob es notwendig ist, dass das Beyeler Museum über einen erhöhten Staatsbeitrag verfügen muss. Meine Fraktion ist ganz klar zum Entscheid gekommen, dass das richtig und notwendig ist, denn wenn wir sehen, wie sich der Verlauf der Finanzierung des Betriebsaufwandes in Prozenten in den letzten 20 Jahren entwickelt hat, dann können wir feststellen, dass der Anteil der Subventionen des Kantons Basel-Stadt kontinuierlich gesunken ist, von einmal etwas über 11 Prozent auf nun neu, wenn wir dem Antrag des Regierungsrates folgen würden, noch gerade einmal etwas über 8 Prozent. Und das ist schon eine beachtliche Reduktion des Anteils des Kantons an den Beiträgen des Museums, an den Beiträgen des Betriebsaufwandes, und lässt ausser acht, dass dieses Museum wie viele andere Häuser und viele andere Institutionen, die der Kanton mit unterstützt, eben auch unter der Teuerung leidet und darunter, dass alles auch in der Kette teurer geworden ist, auch beispielsweise die Versicherungssummen für Kunst und Kulturgüter aber eben auch Kosten für Personal, für Ausstellungen. All das ist auch für das Museum Beyeler teurer geworden und das muss aus unserer Sicht nun auch in diese in diese Überlegungen mit einfließen.

Das Museum leistet darüber hinaus gerade dort sehr wertvolle Arbeit, wo es dem Regierungsrat immer sehr wichtig ist, dass auch Staatsbeiträge ausbezahlt oder verwendet werden, nämlich im Bereich der Vermittlung. Wir können festhalten, auch in dieser Frage ist die Fondation Beyeler ein Leuchtturm in unserer Region. Es gibt kaum ein Museum, das es immer wieder schafft, auch junge Menschen für Kultur zu begeistern. Denken Sie nur an diese Gratiseintritt auch für die unter 25-Jährigen, denken Sie aber auch beispielsweise an die vielen Festivals, die im im Garten der Fondation Beyeler in den Sommermonaten stattfinden, beispielsweise auch das bei jungen Menschen sehr beliebte Sunset, ein Technofestival, das mehrfach im Jahr stattfindet, das junge Menschen in ein Museum bringt, jungen Menschen oder jüngeren Menschen es auch ermöglicht, beim Besuch dieses Festivals gratis und kostenlos den Innenteil des Museums zu besichtigen. Eine Möglichkeit auch hier mit Kultur in Berührung zu kommen und eine niederschwellige Möglichkeit auch für Kultur in unserer Region zu werben. Und auch dieses Angebot zeigt, dass es der Fondation immer wieder gelingt, gerade dort Menschen abzuholen, die vielleicht nicht auf den ersten Blick einen Bezug zu Museen oder ganz generell zur Kultur haben.

Wir erachten deshalb diese Erhöhung des Staatsbeitrages von 250'000 Franken, wie es nun die Bildungs und Kulturkommission beantragt hat für richtig. Wir wissen, dass die Fondation Beyeler 500'000 Franken beantragt hat. Wir

glauben aber, dass dieser Mittelweg richtig ist und auch ein starkes Zeichen setzt, dass wir die Fondation Beyeler auch langfristig auf soliden finanziellen Beinen sehen möchten. Es ist eben ein bisschen ein Trugschluss zu meinen, dass es schon immer einfach so weitergeht, dass die Fondation über tolle grosszügige Mäzene oder auch Stiftungen finanziert wird. Auch das Museum Beyeler hat dieselben Herausforderungen wie andere Häuser in dieser Region, auch sie müssen vermehrt intensiv Drittmitteln einwerben. Auch sie stehen vor den gleichen Problemen wie andere Häuser und wir können keinesfalls sagen, dass langfristig die Finanzierung der Fondation Beeler einfach nur dadurch gesichert ist, weil es einige sehr grosszügige Mäzene gibt, die dieses Haus unterstützen. Diese Unterstützung kann auch einmal ab- oder wegbrechen und die Mittel der Stiftung sind limitiert. Das ist auch im Stiftungszweck so festgehalten. Auch hier kann die Fondation nicht einfach willkürlich über zusätzliche Gelder verfügen. Es wäre schon ein wenig seltsam, wenn wir permanent dort, wo Kulturinstitutionen klagen oder Not haben, wie beispielsweise beim nächsten Traktandum, einfach die Staatsbeiträge Periode für Periode erhöhen, und diejenigen Institutionen, die es in den vergangenen 20 Jahren geschafft haben, gut zu wirtschaften, solide zu haushalten, dann bei berechtigten Anliegen für eine Erhöhung des Staatsbeitrages aussen vorlassen und nicht unterstützen. Das wirkt ein wenig so, als wäre es im Präsidentsdepartement der Wunsch, möglichst die Kulturinstitutionen nicht zu unterstützen, die gut arbeiten, also die fast noch dafür zu bestrafen, dass sie nicht jedes Jahr für neue zusätzliche Gelder hier in diesem Hause werben.

Deshalb glauben wir, ist das Signal heute mit dieser moderaten Erhöhung von 250'000 Franken pro Jahr richtig. Es ist ein Zeichen an die Fondation Beyeler und es zeigt auch unser langfristiges Commitment für eine erfolgreiche Fondation Beyeler, die mit diesem neuen Projekt des Neubaus und dessen Betriebsaufwand für die ersten 10 Jahre fremdfinanziert ist, aber trotzdem natürlich die Herausforderungen im Bereich des Betriebsaufwandes für das Haus ganz generell eben nicht geringer wird. Deshalb glauben wir, macht hier diese Erhöhung für diesen Leuchtturm Sinn, damit wir auch in den kommenden Jahren tolle Vermittlungsangebote haben. Die Fondation hat auch in den Hearings uns versichert, dass diese Vermittlungsangebote für Jugendliche und für junge Menschen selbstverständlich fortgeführt werden und wir sind hier sehr auch von der Kraft dieses Hauses überzeugt, dass dies auch in den kommenden Jahren gelingen wird und wir möglichst viele Menschen niederschwellig nach Riehen in diese tolle Fondation bringen können.

Wir bitten Sie deshalb heute dem Antrag der BKK zuzustimmen und den Staatsbeitrag entsprechend zu erhöhen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion LDP geht das Wort an Catherine Alioth.

Catherine Alioth (LDP): Ich begrüsse auch auf der Tribüne die kaufmännische Direktorin der Beyeler Museum AG.

Ich danke der Kommissionspräsidentin für die Ausführung, wie auch meinem Vorredner für die detaillierte Ausführung und ich werde da nicht auf jede Zahl eingehen. Aber die Fondation Beyeler ist zweifellos ein kulturelles Highlight in Basel. Als meist besuchtes Museum der Stadt und eines der erfolgreichsten Museen für die moderne und zeitgenössische Kunst in Europa trägt es zur Attraktivität Basels als Kunst- und Museumsstadt bei. Mit seinem hochkarätigen Ausstellungsprogramm und innovativen Vermittlungsangebot lockt das Beyeler Museum nicht nur kunstbegeisterte Besucher aus aller Welt an, sondern genießt auch internationale Anerkennung.

Die Staatsbeiträge an das Beyeler Museum sind seit 2015 unverändert, wir haben es gehört. Angesichts der allgemeinen Kostenentwicklung ist eine massvolle Erhöhung des Staatsbeitrages an die Erfüllung der Kernaufgaben des Museums gerechtfertigt. Eine solche finanzielle Anpassung wäre ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber dem Museum und seiner herausragenden Leistung. Sowohl in künstlerischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht stellt das Beyeler Museum einen Mehrwert für unsere Region dar. Als international renommiertes Zentrum für moderne und zeitgenössische Kunst zieht es Touristen aus aller Welt an, belebt den lokalen Tourismussektor und bringt positive wirtschaftliche Effekte für die umliegenden Unternehmen.

Die LDP-Fraktion erachtet es deshalb als wichtig und richtig, dass der Kanton sein Engagement für das Beyeler Museum weiterführt und anpasst. Sie unterstützt den Antrag der BKK, die Staatsbeiträge an das Beyeler Museum um 250'000 Franken pro Jahr für die nächsten vier Jahre zu erhöhen und bittet Sie, dem Antrag zu folgen danke.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich will das Beyeler Museum nicht als Leuchtturm bezeichnen. Dieser Begriff bringt bei uns Unglück. Ich erinnere nur an die Kaserne und das AUE. Aber wir sind allen begeistert von den Leistungen der Fondation Beyeler und gehen immer gerne hin, wie etwa wenn der Grosse Rat zusammen mit dem Landrat dort eingeladen ist. Ob der Landrat zukünftig auch noch eingeladen wird, wenn sich unser Partnerkanton weiterhin der Unterstützung verweigert, habe ich nicht zu beurteilen.

Regierungsrat Lukas Engelberger hat das Staatsbeitragsgesetz angerufen. Für mich steht folgende fest: Wenn die Fondation Beyeler in den Geltungsbereich des Staatsbeitragsgesetzes fällt, und das wird nicht besprochen vom Regierungsrat, dann besteht auch ein gewisses Ermessen in der Höhe des Beitrages. Dieses Ermessen wurde vom Regierungsrat nicht ausgeschöpft. Das Ermessen wurde von der BKK und hoffentlich von Ihnen ausgeschöpft und die Erhöhung ist «nur» im Ausmasse der aufgelaufenen Teuerung seit 2015 beantragt, das heisst mit dem Geld, das wir jetzt sprechen, finanzieren wir das gleiche Angebot wie wir 2015 finanzieren wollten. Es wird also nicht mehr Angebote finanziert. Das Beyeler Museum haushaltet auch durchaus sparsam mit seinen Mitteln. Uns wurde zum Beispiel versichert, dass das Lohnniveau im Beyeler Museum unter demjenigen der staatlichen Museen liegt.

Wenn es darum geht, so wertvolle Veranstaltungen wie Swiss Indoors oder Baloise Session zu fördern, dann ist ja der Regierungsrat immer sehr kreativ mit Konstruktionen, wie man eine Förderung als Sponsoring-Engagement verkleiden kann. Wir sind jetzt hier wirklich auf dem Boden geblieben, haben gesagt, eine gewisse Erhöhung des Staatsbeitrags ist angemessen für die grosse Leistung, die das Beyeler Museum bringt im kulturellen Bereich. Aber eben, da könnte man auch Studien wie bei Swiss Indoors oder bei Baloise Session anstellen, wie hoch die Wertschöpfung für unsere Region ist.

Und noch etwas: Mäzenatentum ist eben keine Selbstverständlichkeit, ist nicht richtig abgesichert. Ein gewisses Zeichen, dass wir dieses grosszügige Mäzenatentum schätzen, stellt eben auch diese massvolle Erhöhung des Staatsbeitrages dar. Und in diesem Sinne bittet sie die FDP-Fraktion, dem Antrag der PKK zu folgen. Wir sind sonst sehr regierungstreu, aber ich glaube, in diesem Punkt können Sie mit gutem Gewissen von der Regierung abweichen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Amina Trevisan.

Amina Trevisan (SP): Die SP-Fraktion kann sich dem Lob und der Wertschätzung für das Beyeler Museum nur anschliessen. Die SP-Fraktion ist sich der Bedeutung des Beyeler Museums nicht nur für Basel, sondern für die ganze Schweiz sehr bewusst und wir wissen ihre hervorragenden Leistungen sehr zu schätzen. Die Fondation Beyeler erreicht ein zahlreiches und äusserst vielfältiges Publikum in allen Alterskategorien wie kaum ein anderes Kunstmuseum in der Schweiz. Wir haben es bereits gehört, mit seinem hochkarätigen Ausstellungs und Vermittlungsprogramm erreicht das Museum sowohl ein regionales als auch ein nationales und internationales Publikum. Es leistet darüber hinaus einen bedeutenden Beitrag an die Standortattraktivität und Lebensqualität der Region und trägt zur internationalen Ausstrahlung der Kulturstadt Basel bei. Sie ist mit über 360'000 Besuchenden im Jahr 2022 das meist besuchte Museum Basels und das meist besuchte Kunstmuseum der Schweiz.

Für die SP-Fraktion ist es besonders wichtig, dass das Beyeler Museum auch Menschen anspricht und begeistert, die sonst kein Museum besuchen. Zudem schätzen wir insbesondere das Vermittlungsangebot der Fondation, da es Menschen unterschiedliche Altersgruppen und vielfältiger Herkunft eine inhaltliche wie praktische Beschäftigung mit Kunst ermöglicht. Laut Zweckartikel der Stiftung Beyeler soll das Interesse der Jugend an der Kunst geweckt beziehungsweise erhalten werden, weshalb Kinder und Jugendliche bis 25 Jahren kostenlos ins Museum können. Die Fondation leistet damit einen wertvollen Beitrag für die Jugendlichen und Schulklassen der Region.

Um zu vermeiden, dass bei Ausbleiben eine Erhöhung der staatlichen Beiträge in diesem Bereich Kürzungen vorgenommen werden und aufgrund der Bedeutung des Museums für die Region ist die SP-Fraktion im Sinne eines Kompromisses bereit, die Staatsbeiträge um jährlich 250'000 Franken zu erhöhen. Die Erhöhung der Staatsbeiträgen erfolgt aber nicht ganz vorbehaltlos. Die SP-Fraktion ermutigt die verantwortlichen der Fondation Beyeler, weiter beim Kanton Basel-Landschaft um Staatsbeiträge zu ersuchen. Sollte eine finanzielle Unterstützung ausbleiben, sollten die Verantwortlichen der Fondation über mögliche Massnahmen in diesem Zusammenhang nachdenken.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, dem Antrag der BKK zu folgen und die Erhöhung der Staatsbeiträge um 250'000 Franken pro Jahr auf 2,215 Millionen Franken für die Jahre 2024 bis 2027 zu genehmigen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt keine weiteren Fraktionssprechenden. Als Einzelsprecher gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Das Beyeler Museum ist ein privates Museum. Es ist sehr reich, die brauchen kein Geld von uns. Darum stelle ich Antrag auf Rückweisung und Nichteintreten. Die Begründung ist, dass das Museum sehr reich ist. Zwei Sachen möchte ich Ihnen erzählen. Die staatlichen Museen sollen unser Geld bekommen, und darum haben wir auch als Grossräte das Recht auf Gratiseintritte. Das muss man wissen, ich hab noch nie Eintritt bezahlt.

Ich möchte etwas an meine Vorrednerin Catherine Alioth richten. Catherine Alioth, ein kleiner Hinweis am Rande: Was Sie da vorne gesagt haben, ist laut Geschäftsordnung vom Grossen Rat nicht erlaubt. Sie dürfen nicht Gäste auf der Tribüne begrüßen. Das darf nur der Präsident oder der Statthalter.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Manchmal müssen wir uns auch bewusst sein, welche Signale wir aussenden, wenn wir hier im Grossen Rat reden. Was wäre das Signal, wenn wir den Antrag der BBK nicht unterstützen würden, ein Antrag, der ja schon sehr massvoll ist. Es wäre ja durchaus auch richtig und für mich vernünftig gewesen, noch weiter zu gehen, denn wenn Sie irgendwo im Ausland erzählen, Sie kommen aus Basel, werden Sie mit fast hundertprozentiger Sicherheit auf das Beyeler Museum angesprochen, nicht auf unsere tollen anderen Museen, was ich ja nicht immer verstehe, denn das Kunstmuseum ist ein geniales Museum. Aber die Leute nehmen das Beyeler Museum wahr, wegen dieser gigantisch wertvollen Ausstellungen. Wenn Sie sie hier sehen, können Sie sie dann im Centre Pompidou in Paris sehen und allenfalls in New York.

Und wir diskutieren hier darum, ob wir nur die Teuerung ausgleichen. Das muss ja selbstverständlich sein. Wir müssen doch hier zeigen, dass uns das etwas wert ist und wir danken, dass wir hier eine so wunderbare private Unterstützung haben. Ich beantrage Ihnen also, dem Antrag der BKK Folge zu leisten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit hätte Regierungsrat Lukas Engelberger noch einmal das Wort. Er verzichtet. Die Sprecherinnen der Finanzkommission und der BKK verzichten ebenso. Eintreten wurde bestritten von Eric Weber, das heisst, wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA, wer nicht eintreten will stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002789, 07.02.24 10:04:50]

Der Grosse Rat beschliesst

auf das Geschäft einzutreten.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich entschieden, auf das Geschäft einzutreten mit 85 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung. Auch Rückweisung wurde beantragt von Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, Wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 90 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002791, 07.02.24 10:05:37]

Der Grosse Rat beschliesst

Kein Rückweisung

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben entschieden, den Bericht nicht zurückzuweisen mit 90 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses I (Nachtragskredit) (Seite 7 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Abstimmung

Wer den Grossratsbeschluss annimmt, stimmt JA, wer ihn ablehnt, stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

88 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002793, 07.02.24 10:06:30]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Beyeler Museum AG wird für das Jahr 2024 ein Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 250'000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 88 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung

Detailberatung des Grossratsbeschlusses II (Staatsbeiträge) (Seite 8 des Berichts)

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Hier liegt ein Änderungsantrag des Regierungsrates vor. Er beantragt Staatsbeiträge in der Höhe von 7,86 Millionen. Wir eröffnen dazu die Debatte möchte der Antragsteller Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort? Er verzichtet. Die Sprecherin der BKK verzichtet ebenso, Es sind keine Wortmeldungen eingetragen. In der zweiten Runde wird ebenfalls verzichtet. Das heisst wir kommen zur Abstimmung über Grossratsbeschluss 2.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 88 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002795, 07.02.24 10:07:58]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.!

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben den Änderungsantrag abgelehnt mit 88 Neinstimmen bei einer Ja-Stimme und einer Enthaltung. Wir führen die Detailberatung weiter.

Publikations und Referendums-klausel.

Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002797, 07.02.24 10:08:45]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Beyeler Museum AG werden Ausgaben in Höhe von Fr. 8'860'000 (Fr. 2'215'000 p. a.) für die Jahre 2024 bis 2027 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss 2 zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung.

9. Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein LiteraturBasel für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der BKK

[07.02.24 10:09:00, 23.1342.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs und Kulturkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt 1,92 Millionen Franken zu bewilligen. Für die Kommission geht das Wort an deren Präsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Der Verein Literatur Basel betreibt das Literaturhaus Basel, das an der Barfüssergasse 3 eingemietet ist. Zudem führt der Verein das internationale Literaturfestival Buch Basel durch und verleiht in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Buchhandels- und Verlagsverband den Schweizer Buchpreis.

Im Literaturhaus Basel finden jährlich über 100 verschiedene Veranstaltungen wie Schreib- und Lesezirkel, Kindernachmittage oder Diskussionen zu aktuellen Büchern statt. Der Verein Literatur Basel ist die einzige grosse Institution, die sich im Bereich Literatur umfassend engagiert und ist darum wichtig für Basel. Er habe gemäss Auskunft Präsidialdepartement in den letzten Staatsbeitragsperiode einen grossen und gelungenen Entwicklungsschritt in den Bereichen Innovation und Generationentransfer gemacht. Da die Kosten in allen Bereichen gestiegen sind, sich der Verein Literatur Basel aber weiter gut entwickeln möchte, hat der Verein eine Erhöhung der Staatsbeiträge von 124'000 Franken beantragt.

So möchte der Verein den freischaffenden Autorinnen und Moderatorinnen Honorare auszahlen können, wie sie vom Branchenverband empfohlen werden. Um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben, sollen auch die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Lohnanpassung erfahren oder zumindest den Teuerungsausgleich erhalten können. Diese würden eine ausgezeichnete Arbeit leisten und beispielsweise ermöglichen, dass mit dem Literaturfestival ein jüngeres und diverses Publikum erreicht werden kann, ohne dass das bestehende Publikum verloren gehe. Das gleiche gelte für die Arbeit im Literaturhaus. Auch dort sei es gelungen, ein jüngeres Publikum anzusprechen und zu erreichen. Die Erhöhung würde aber auch dazu verwendet werden müssen, um die gestiegenen Infrastrukturkosten wie Miete, Energietechnik, aber auch die gestiegenen Reise- und Hotelkosten, die beim Literaturfestival anfallen, auszugleichen.

Mit dem Ratschlag, der nun vorliegt, beantragt der Regierungsrat eine Erhöhung des Staatsbeitrages um 50'000 Franken und möchte damit ermöglichen, dass die Löhne und die Honorare angepasst werden können. Die BKK schätzt das Engagement und die erfolgreiche Arbeit des Vereins Literatur Basel sehr. Darum unterstützt die Kommission den vom Regierungsrat erhöhten Staatsbeitrag mehrheitlich.

Eine Kommissionsminderheit hat Verständnis dafür, dass der Verein Literatur Basel sagt, dass die 50'000 Franken, die der Regierungsrat zusätzlich vorschlägt, nicht reichen, weil die gestiegenen Infrastrukturkosten so nicht gedeckt werden können und dass ohne weitere Unterstützung des Kantons das Programm gekürzt werden müsste. Die Akquise von Drittmitteln sei enorm anstrengend geworden, es brauche doppelt so viel Aufwand für denselben Ertrag.

Der Antrag um eine weitere Erhöhung der Staatsbeiträge wurde in der Kommission aber mit 6 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Die ablehnende Mehrheit begründet dies damit, dass sie vermutet, dass der Verein zu viele Projekte angestossen hat und sich so finanziell selber etwas in diese Situation gebracht hat. Zudem sieht sie Potenzial für die Gewinnung von mehr Eigenmitteln und das Einwerben von Drittmitteln, gerade auch im Zusammenhang mit der

erfolgreichen Buch Basel. Zudem könnten die Mitgliederbeiträge erhöht und das Volkshaus als Hauptaustragungsort der Buch Basel überdacht werden.

Entsprechend beantragt die BKK dem Grossen Rat mit 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Ratschlag so, wer jetzt vorliegt, zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Sprecher des Regierungsrates Lukas Engelberg.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Es steht die Erneuerung von Staatsbeiträgen an den wichtigsten Akteur im Bereich der Literaturvermittlung und dessen Förderung durch die öffentliche Hand zur Debatte, dem Verein Literatur Basel. Er trägt das Literaturhaus Basel an der Barfüssergasse, führt jährlich das Festival Buch Basel durch und ist zuständig für die Verleihung des Schweizer Buchpreises, eine nationale und international ausstrahlender Anlass in Zusammenarbeit mit dem Schweizer Buchhändlerverband. Literatur Basel ist damit der zentrale Akteur für die Literaturvermittlung in der Stadt und der Region.

Die Institution wurde in der Periode bis Ende 23 vom Kanton Basel-Stadt mit 430'000 Franken pro Jahr unterstützt. Das Gesamtbudget beträgt bisher rund 1,25 Millionen Franken pro Jahr. Der Verein umfasst drei Bereiche. Das Literaturhaus an der Barfüssergasse, es bietet pro Jahr über 100 Veranstaltungen an mit Schwerpunkt Lesungen. Dazu werden auch Diskussionen, Schreib- und Lesezirkel, Kindernachmittage oder literarische Spaziergänge veranstaltet. Dann das Festival Buch Basel, im November letzten Jahres zuletzt durchgeführt. Es bespielt an unterschiedlichen Spielorten in der Stadt, die Aufmerksamkeit für das Buch und für Lesen für ein breites, vor allem auch junges Publikum. Und dann drittens der Schweizer Buchpreis, er zeichnet jährlich ein belletristisches deutschsprachiges Werk aus. Es ist der wichtigste Literaturpreis für die deutsche Schweiz. Die Preisverleihung findet jeweils im Theater Basel statt und schafft natürlich auch eine gewisse Aufmerksamkeit in der schweizerischen Öffentlichkeit.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass der Verein Literatur Basel mit diesen Aktivitäten massgeblich zur Qualität und Vielfalt des Kulturangebots beiträgt und beantragt deshalb die Weiterführung der bisherigen Staatsbeiträge ab dem Jahre 2024 für eine reguläre Laufzeit von vier Jahren sowie eine Erhöhung von 50'000 Franken pro Jahr. Wir wollen also neu 480'000 Franken anstelle von 430'000 Franken pro Jahr ausrichten. Der Antrag der Trägerschaft lautete auf eine grössere Erhöhung. Sie haben das sicher gesehen und gelesen. Wir haben alle Anträge sorgfältig geprüft. Der Regierungsrat unterstützt total 50'000 Franken Erhöhung mit der Begründung der Anpassung von Lohnkosten der Mitarbeitenden sowie der Autorinnen- und Autorenhonorare. So kann der Verein seine Rolle als fairer Arbeitgeber und als Vergabeinstitutionen für Kunstschaffende gerecht werden. Die übrigen Anträge haben wir Ihnen nicht unterbreitet.

Der Regierungsrat würdigt die Entwicklung und den Erfolg des Vereins Literatur Basel umstandslos und wir sind uns bewusst, welche tragende Rolle die Institution für die Ausstrahlung Basels als Kulturstadt spielt. Insgesamt sind wir überzeugt, dass mit der Weiterführung des Staatsbeitrags wie wir das beantragt haben ein attraktives Literatur vermittelndes Angebot für die breite Basler Bevölkerung weiterbestehen und entwickelt werden kann. Das möchten wir unterstützen und bitten deshalb um Unterstützung unserer Anträge.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Für die SP hat das Wort Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Geschätzter Herr Grossratspräsident, können Sie den Spagat Herr Statthalter, kennen Sie Twister? Geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, Twister ist das Spiel, wo die eine Hand auf einem Punkt liegt und die andere ganz woanders auf der Spielmatte und mit den Beinen verhält es sich ebenso. Das Spiel ist mit etwas Effort machbar. Wer den Spagat kann, hat da einen Vorteil. Der Verein Literatur Basel spielt im metaphorischen Sinn Twister, mit Engagement, Effort und Elan. Es ist Ihnen nicht nur gelungen, mit der einen Hand auf dem farbigen Feld ein junges diverses Publikum für Literatur zu gewinnen, mit der anderen ein älteres Buch liebendes Publikum mit regionaler, nationaler und internationaler Literatur zu beglücken, sondern auch eine Vorreiterrolle in der digitalen Literatur einzunehmen und ein Literaturfestival zu organisieren, dessen Ruf weit über die Region, die Schweiz oder die deutschsprachende Grenze geht und so divers wie spannend ist.

Heute debattieren wir im Rat über eine Erhöhung und wie ich gestern vernommen habe, eventuell über eine Kürzung der Subventionen. Gerade haben wir über die Fondation Beyeler diskutiert und warum sie für ihren kommerziellen Erfolg mit unseren Steuergeldern belohnt werden soll. Warum also soll der Kanton etwas subventionieren, das nicht kommerziell erfolgreich ist? Die Frage muss anders lauten. Wozu Kunst fördern, wenn Sie nicht wirtschaftlich erfolgreich ist? Literatur ist nebst Musik, Tanz und Theater eine Kunstform und trägt dazu bei, die Welt zu verstehen und unseren Horizont zu erweitern. Literatur lässt uns in eine andere Welt abtauchen und dadurch eine andere Perspektive für gesellschaftliche, menschliche oder spirituelle Themen zu bekommen. Sie kann Trost und Herausforderung sein oder auch Impulsgeber für etwas Neues.

Und ich sage das hier nicht zum ersten Mal in diesem Saal, Kunst ist Nahrung für die Seele. Das ist nicht immer kommerziell und finanziell gewinnbringend. Der Staat hat dies anerkannt und sieht den Wert für seine Bürgerinnen und Bürger, daher unterstützt der Vereine wie Literatur Basel. Vielleicht könnte auch das Gesundheitsdepartement in Zukunft etwas für die Kulturförderung beisteuern. Wussten Sie nicht, dass der Besuch von Kunst- und Kulturevents wie Literaturanlässe, Konzerte, Theateraufführungen und Museumsbesuche das Wohlbefinden, die Gesundheit und ein längeres Leben fördern? Es ist nicht nur die Inspiration, sondern auch die soziale Integration, die sich positiv auf die Psyche und Fitness auswirkt. Das behaupte ich nicht einfach so aus dem Blauen, dazu habe ich eine Studie gelesen. Kulturinteressierte Seniorinnen und Senioren leben bei besserer Gesundheit länger als ihre Altersgenossen ohne Interesse für Kulturelles. Das ist ein Ergebnis einer 14-jährigen Langzeitstudie an der 6'710 Personen ab 15 Jahren aus Grossbritannien teilgenommen haben. Dabei zeigt sich, dass die Sterblichkeit bei älteren Menschen, die mehrmals im Jahr kulturelle Veranstaltungen besuchen, bis zu 31 Prozent gesenkt wurde, im Gegensatz zu Kulturmuffeln. Dieser Effekt zeigt sich unabhängig vom biologischen Geschlecht, sozialem Status, Bildungsniveau, körperlicher Grundfitness und psychischer Gesundheit. All diese Faktoren für eine andere Erklärung konnten herausgerechnet werden, der Kultureffekt, meine Damen und Herren, bleibt erhalten.

Und das ist mit ein Grund, warum ich für die kleinen, nicht so kommerziellen Kulturinstitutionen kämpfe und im Namen der SP eine Erhöhung von 50'000 Franken per annum für den Verein Literatur Basel beantrage. Warum reicht denn die Erhöhung des Regierungsrates nicht aus? Der Verein Literatur Basel hat bei den Subventionsverhandlungen eine Erhöhung von 124'000 Franken gebeten, bekommen haben Sie 50'000, davon sind 30'000 zweckgebunden für den gerechten und marktkonformen Lohn der Autorinnen und Autoren. Und die restlichen 20'000 reichen nicht aus, wenn das Budget die steigenden Kosten sprengt. Um den Betrieb in dem bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten benötigen sie nochmal 50'000. Ein Betrieb notabene, mit dem der Spagat zwischen den Generationen und den Genres gelingt. Das zusätzliche Geld wird nicht benötigt, um Löcher zu stopfen, weil der Verein nicht haushälterisch umgegangen ist mit dem Budget, sondern weil er mit seinem Angebot in Basel einmalig ist und wie gesagt die allgemeinen Kosten steigen. Er gewinnt ein junges Publikum ohne das ältere abzuhängen, Literatur Basel deckt von Hochliteratur bis Kinderliteratur, von regional bis international, von Lyrik bis Krimi alles ab. Literatur Basel beinhaltet aber nicht nur das Literaturhaus, das haben wir schon gehört, es ist auch das Festival Basel und der Schweizer Buchpreis.

Das Programm ist vielfältig, divers und sehr umfassend. Sie müssten allerdings ohne die Erhöhung 25 Prozent des Programmes herunterfahren. Wenn das nicht mehr geht, dann ist das nicht einfach schade. Dann ist das ein Verlust für Basel und sein Kulturangebot, welches nicht nur Musikfans und Museumsfreaks hat. 50'000 wird mal wohl noch auftreiben können, denkt der eine oder die andere. Die Geschäftsleitung hat letztes Jahr doppelt so viel Aufwand betrieben, um Drittmittel zu akquirieren, und war trotzdem weniger erfolgreich als in den vorangehenden Jahren. Aha, wird die spitzfindige Fraktion der Streichungswilligen bemerken, mangelnde Qualität und es ist nicht kommerziell genug. Ich kann Ihnen versichern, es liegt nicht an der Qualität und im Output des Vereins Literatur Basel, sondern an der grösser werdenden Konkurrenz.

Und hier noch ein paar Worte zu dem hartnäckigen Gerücht, die Oberlichter im Literaturhaus. Der Verein hat Gelder von Dritten Aufgetrieben für eine längst fällige Renovation. 2006 war es eine Druckerei, die Oberlichter waren renovationsbedürftig. Der Ersatz der Oberlichter war nicht kosmetisch, sondern wegen Abnutzung und Alter notwendig. Daher hat sich die Baloise als Eigentümerin mit 100'000 Franken an der Renovation beteiligt. Die übrigen Kosten wurden von der CMS zweckgebunden gesprochen. Bei dieser Gelegenheit haben sie das Milchglas durch Klarglas ersetzt, ein willkommener Nebeneffekt, der die Öffnung des Hauses unterstützt. Freundlicher, einladender, heller. Und es hat bisher keine Fenster, nun hat man die Möglichkeit zu lüften. Der Saal kann also tagsüber für Workshops genutzt werden. Durch diese Attraktivitätssteigerung kann er auch leichter vermietet werden und das generiert zusätzliche Einnahmen. Ein kleiner kommerzieller Aspekt.

Also nochmals die notwendigen Transformationsprojekte waren durch Drittmittel finanziert. Twister spielen wir hier mit zwei Armen und zwei Beinen. Das Literaturhaus ist eher ein Twister spielender Oktopus. Wussten Sie, dass die Buch Basel das grösste kuratierte Festival mit internationalen Ausrichtungen der Schweiz ist? Ja, Regierungsrat Lukas Engelberger hat es erwähnt. Und dass das Literaturhaus eine Vorreiterrolle in der digitalen Literatur spielt, das wissen Sie auch schon und über den Schweizer Buchpreis hat Regierungsrat Lukas Engelberger auch gerade gesprochen. Die Liste sprengt den Rahmen meines Votums. Ich sage nur Twister spielender Oktopus.

Wir haben mit dem Verein Literatur Basel einen wertvollen Schatz, einen Schatz, von dem alle Besuchenden ein Juwel mitnehmen dürfen, vielleicht sogar ein lebensverlängerndes Juwel Unser Beitrag als Parlament ist es dafür zu schauen, dass die Schatzkiste gefüllt bleibt. Dafür bitten Sie, dem Antrag der SP auf Erhöhung um 50'000 Franken zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Fraktion LDP geht das Wort an Nicole Kuster.

Nicole Kuster-Simon (LDP): Die LDP nimmt den Antrag der Regierung, den Staatsbeitrag um 50'000 Franken zu erhöhen, zur Kenntnis und begrüsst die Verwendung von 30'000 Franken des Erhöhungsbeitrages für angemessene Honorare

gemäss Verband der Autorinnen und Autoren Schweiz, dass die verbleibenden 20'000 Franken nicht ausreichend sind, die gestiegenen Kosten zu decken, mag zutreffen, jedoch sieht die LDP im Bereich Mitglieder und Mitgliederbeiträge sowie bei den Drittmitteln noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. In Anbetracht, dass das Literaturhaus in der laufenden Staatsbeitragsperiode bereits 80'000 Franken mehr erhalten hat und nun künftig noch einmal erhöht wird, sieht die LDP die heute gestellten Mehrforderungen der SP kritisch. So sind alle Kulturinstitutionen mit ähnlichen Schwierigkeiten konfrontiert und es müssen konkrete Sparmassnahmen oder Einnahmequellen evaluiert werden.

In Anbetracht der Bedeutung des Literaturhauses können wir dem Erhöhungsantrag der SP im Sinne eines Kompromisses jedoch folgen. Die LDP betont jedoch, dass dieser heute gesprochene Mehrbetrag in der Beurteilung der nächsten Beitragsperiode stark gewichtet werden muss. Die LDP erwartet insbesondere im Bereich der Mitgliederzahlen gute innovative Ideen, wie diese ausgebaut wurden, damit die Staatsbeiträge einem möglichst breiten Publikum zukommen. Demgemäss ersuche ich Sie, der beantragten Erhöhung der SP zuzustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Fraktionssprecher für das GAB ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Das GAB möchte einen Änderungsantrag stellen und beantragt eine Erhöhung von 50'000 gegenüber dem Ratschlag der BKK. Ich muss zugeben, dass ich persönlich einen längeren Weg zurücklegen musste, bevor ich zur Überzeugung gelangt bin, dass diese Erhöhung richtig und notwendig ist. Es ist nachvollziehbar, dass die von der Regierung gesprochene Erhöhung für einen einigermaßen stabilen Betrieb des Literaturhauses nicht genügt, da die Gelder vor allem eine faire Bezahlung der Autoren sowie deren Spesen gedacht sind. Und das ist auch völlig richtig so. Der andere Teil wird für den Ausgleich der allgemeinen Teuerung bei den Löhnen verwendet. Für die Infrastruktur und erhöhten Betriebskosten des erfolgreichen Literaturfestivals bleibt leider nichts übrig, was eine Weiterentwicklung der Inhalte und eine positive Zukunftsperspektive der Akteure leider sehr erschwert.

Im Vorfeld habe ich mich auch mit dem Sinn und dem Zweck des neuen Formats zur digitalen Literatur beschäftigt und einen kritischen Blick darauf geworfen. Ich konnte jedoch feststellen, dass gerade dieses Genre dazu beigetragen hat, dem Literaturfestival ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber vielen anderen Literaturveranstaltungen zu verleihen und dass es der Crew besonders hier gelungen ist, ein junges Publikum anzuziehen, das über erweiterte Sinneserlebnisse einen neuen Zugang zu literarischen Texten bekommen konnte. Natürlich ist es ein Experiment und vielleicht wird sich diese digitale Literatur nie wirklich durchsetzen. Und dennoch verdient es auch dieses Genre oder vielmehr verdient es das Basler Publikum mit dieser Literaturrechtung auf eine einfache Weise in Kontakt zu kommen.

Nun, Tatsache ist, dass sowohl das Literaturhaus als auch das Literaturfestival dem lesenden Publikum eine sehr vielseitige Erlebnisplattform bietet, hautnah mit Literatur in Berührung zu kommen und dass wir in Basel eigentlich darauf stolz sein sollten, dass wir hier schweizweit das grösste derartige Event anbieten können, dessen Qualität auch über die Grenzen hinausstrahlt. Hinzu kommt, dass das Literaturhaus 2023 einen Think Tank etabliert hat, der das Team dabei unterstützt, den Prozess der interkulturellen Öffnung des Programms voranzutreiben und für mehr Diversität zu sorgen und innovative Wege zu gehen, um auch ein jüngeres Publikum anzusprechen.

Ich möchte kurz eine Replik geben auf die Mitgliederbeiträge und die Erhöhung von Mitgliederbeiträgen. Es gibt wohl nichts Schwierigeres und riskanteres, als das zu tun. Wir haben ganz praktische Beispiele, dass wenn man so etwas macht, die Mitgliederzahlen erst einmal ziemlich stark sinken und es vielleicht eine langfristige Investition ist, aber für kurzfristige Verbesserung der finanziellen Lagen in dem Sinn nichts taugt und risikobehaftet ist. Heute kämpfen alle Organisationen um Mitglieder, und Erhöhungen geben oft den Impuls, die Mitgliedschaft zu kündigen und nicht mehr zu zahlen.

Das GAB haben diese Argumente überzeugt, die wir jetzt auch von Sasha Mazzotti gehört haben. Wir hoffen, dass auch Sie sich dazu entschliessen können, das Literaturhaus mit zusätzlichen Geldern so zu finanzieren, dass es weiterhin über unsere Grenzen hinausstrahlen kann.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Die FDP-Fraktion ist bei diesem Geschäft regierungstreu. Diese Debatte war ja eine Art-Achterbahnfahrt. Bei meiner Vorrednerin dachte ich am Schluss an einen gewissen Spruch. Da muss irgendwo ein Gerichtsschreiber oder eine Gerichtschreiberin ein Urteil begründen und sagt, all das und all das spricht für eine Verurteilung, trotzdem kommt das Gericht zum Schluss, es sei freizusprechen. Diese Linksumkehrwendung der geschätzten LDP-Fraktion überzeugt mich persönlich nicht. Ich glaube, wir haben das Geschäft intensiv beraten in der BKK und haben festgestellt, es gibt eine Erhöhung, die Beiträge wurden stetig erhöht, diese Erhöhung, wie von der Regierung beantragt, ist gerechtfertigt. Auf der Mitgliederbeitragsseite ist durchaus noch etwas Luft, auch wenn das symbolisch ist. Ich sage nicht, die Beiträge sind zu

erhöhen, aber die Anzahl Mitglieder, und Sie sehen 2021 gab es auch Mitgliederbeiträge von 15'180 Franken, die sind gesunken auf 13'740 Franken. Also die Mitglieder scheinen davonzulaufen.

Vielleicht sind Sie ein bisschen verwirrt durch diese Twister-Oktopus-Ausführungen und konnten dem nicht folgen. Dann vielleicht noch zum Gesundheitskostenargument: Ich bitte den Verein Literatur Basel, mit diesen Argumentationen zu den Krankenkassen zu gehen. Die sind ja die besten Sponsoren für das Literaturhaus und die werden zusammen doch noch etwa 50'000 Franken aufbringen können, wenn sich dadurch die Gesundheitskosten im Kanton Basel-Stadt markant senken lassen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, der Regierung und dem BKK-Antrag zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Raoul Furlano möchte Ihnen eine Frage stellen. Die Zwischenfrage wird angenommen.

Raoul I. Furlano (LDP): Wären Sie beruhigt zu erfahren, dass die LDP keine Kehrtwende gemacht hat, sondern an ihrer Fraktionssitzung dies eingehend und mit Mehrheit so beschlossen hat? Leider, da gebe ich Ihnen recht, steht in der Kreuztabelle ein Plus, was nicht ganz korrekt ist. Sind Sie beruhigt?

David Jenny (FDP): Nein. Bei Kulturfragen traue ich immer den Mitgliedern der BKK Ihrer Fraktion.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die SVP geht das Wort an Jenny Schweizer.

Jenny Schweizer (SVP): Die SVP-Fraktion wird einer Erhöhung des Staatsbeitrages an den Verein Literatur Basel nicht zustimmen. Sie haben deshalb als Tischvorlage einen Änderungsantrag erhalten. Die SVP-Fraktion ist mit dem Vorgehen des Vereins Literatur Basel nicht einverstanden. Nach der Veröffentlichung des BKK-Berichtes verschickte der Verein Literatur Basel anscheinend einen Brief, in dem er dem BKK-Bericht sehr deutlich widerspricht. Leider haben weder mein Kollege Joël Thüring noch ich als BKK-Mitglieder dieses Schreiben zugesendet bekommen. Durch einen Zufall erhielt ich Kopie dieses Briefes und ich war doch sehr erstaunt, wie die obersten Verantwortlichen des Vereins Literatur Basel den BKK-Bericht zerlegen.

Die meisten Aussagen haben Sie bereits in den Voten der Befürworter des Erhöhungsantrags gehört. Diese haben anscheinend den Brief erhalten, doch ich möchte betonen, dass ein Bericht der BKK nach bestem Wissen und Gewissen und nach Erhalt aller möglichen Informationen während den Anhörungen aller Beteiligten verfasst wird. Da der Bericht der BKK einstimmig verabschiedet wurde, stelle ich die Frage in den Raum, ob ihr tatsächlich das Geschäft alle falsch interpretierten, denn in dem oben erwähnten Schreiben des Vereins Literatur Basel wird uns genau dies unterstellt.

In dem Brief wird erwähnt, dass die Transformationsprojekte, Einbau einer mobilen Bühnentechnik, Schaffung von technischen Voraussetzungen für die Buch Basel, Erneuerung des grafischen Auftritts inklusive Websites wie auch die Erneuerung der Oberlichter im Literaturhaus durch Drittmittel finanziert wurden und gemäss Budget umgesetzt werden konnten. Da aber im Ratschlag argumentiert wird, dass genau diese Neulancierungen dazu geführt haben, dass auf Rückstellungen zurückgegriffen werden musste, weil das Geld nicht reichte, steht dies in einem völligen Widerspruch zueinander. Diese Projekte hätten unseres Erachtens erst angegangen werden können, wenn die im Brief genannten zweckgebundenen Drittmittel zusammen mit den Beträgen aus dem laufenden Staatsbeitrag gereicht hätten.

Man kann einfach nicht neue Projekte lancieren, die man sich nicht leisten kann und danach das Geld mit der Bewilligung von Staatsbeiträgen einfordern. Dies ist schlichtweg die falsche Reihenfolge. Es ist auch ein schlechtes Zeichen an all die anderen Vereine, die Staatsbeiträge erhalten und die haushälterisch mit ihrem Geld umgehen und im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten neue Projekte lancieren. Ansonsten wird es am Schluss Schule machen, dass die vom Kanton unterstützten Vereine teure Projekte lancieren und danach die hohle Hand beim Kanton machen. Diese Vorgehensweise wollen wir nicht und setzen mit unserer Ablehnung somit ein Zeichen, dass wir einen solchen Ablauf weder schätzen noch unterstützen.

Nun gibt es aber auch noch Projekte, die bauliche Massnahmen zur Öffnung des Literaturhauses betreffen. Für diese wurden aber gemäss Ratschlag separate Investitionskostenbeiträge bewilligt, zum Beispiel der Ersatz der Oberlichter im Vereinssaal mit dem Argument, «dass dann in den Himmel geschaut werden kann.» Und das Interieur des Cafés sollte dann auch gleich noch erneuert werden. Der behindertengerechte Zugang erscheint uns absolut plausibel, aber nicht, wenn von einer ohnehin fälligen Renovation des Hauses die Rede ist, das einer Versicherungsgesellschaft gehört und die vielleicht auch eingebunden werden könnte.

Dass der Verein tatsächlich erst eine Woche vor seinem Auftritt in der BKK auf die Idee kam, einen Gönnerverein aufzulegen, macht dieses Geschäft auch nicht besser, zumal die erfolgreiche Buch Basel sich für eine gute Drittmittelakquise ja förmlich aufdrängt. Und unter dieser von der BKK bemängelten Drittmittelakquise verstehen wir weder die CMS noch die Beträge vom Kanton Basel-Landschaft und Gemeinden noch Stiftungen, sondern private Geldgeber, denn diese scheinen einen zu kleinen Beitrag auszumachen. Ich glaube nicht, dass ein einstimmig verabschiedeter Kommissionsbericht von einem Antragsteller als diskreditierend bezeichnet werden darf. Antragstellende haben in der BKK die Möglichkeit, ihre Anliegen zu begründen. Dies ist dem Verein Literatur Basel anscheinend nicht gelungen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir jegliche Erhöhungen ab.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Sasha Mazzotti. Sie wird nicht angenommen. Damit kommen wir zu den Einzelvoten und hier hat sich Bruno Lötscher eingetragen.

Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP): Ja, es stimmt, es gibt grundsätzliche Überlegungen, die wir hier anführen müssen, ob es richtig ist, wenn wir Vorlagen des Regierungsrates, die gut durchdacht und überlegt sind und in der Kommission beraten worden sind und dann dort nochmals verbessert worden sind, hier im Grossen Rat wiederum abändern sollen oder ob wir uns da nicht Zurückhaltung auferlegen sollten. Das ist richtig und man kann natürlich solche Prinzipientreue in den Vordergrund stellen und dann den Hintergrund, das Materielle eines Geschäfts relativ einfach ausklammern. In diesem Fall spreche ich als Einzelsprecher, weil das für uns in der Fraktion tatsächlich ein Thema war. Wir haben uns gesagt, eigentlich ist es nicht richtig, wenn wir hier im Grossen Rat dann noch an Geschäften schrauben, wenn die Kommission schon darüber gegangen ist. Die Mehrheit unserer Fraktion hat deshalb gesagt, wir folgen dem Antrag. Ich kann das aber als Einzelsprecher nicht tun in diesem Einzelfall, weil wir mit dem Literaturhaus etwas Aussergewöhnliches haben hier in Basel. Wir wissen es, wir alle lesen zu wenig, Literatur ist nicht mehr im Vordergrund, wir haben nicht mehr die Musse und Zeit zu lesen, und das Literaturhaus macht in diesem Sinne in diesem Zusammenhang eine enorm wichtige Aufgabe. Wir haben einige Leuchttürme, aber schweizweit gesehen haben wir nichts Vergleichbares mit der Literatur. Und dass wir hier jetzt aus grundsätzlichen Überlegungen, etwa weil die ehemalige Finanzdirektorin geweibelt habe, obwohl sie es gar nicht gerne gehabt habe, wenn im Parlament noch etwas geändert wurde, das wir jetzt also aus grundsätzlichen Überlegungen ein Geschäft abweisen oder nicht weiter entwickeln im Rat, das kann doch nicht sein, wenn wir zu einer besseren Überzeugung kommen. Was spricht denn dafür, dass wir hier noch 50'000 Franken zusätzlich sprechen, wie es die SP beantragt.

Manchmal muss man vielleicht sagen, verlieren wir nicht die Relationen. Wir können zehn solche Geschäfte machen, dann sind wir bei 500'000. Wir können 20 solche Geschäfte machen, sonst sind wir bei einer Million. Ich bin jetzt etwas mehr als ein Jahr in diesem Rat. Ja, wir machen manchmal solche Geschäfte, aber dann gibt es plötzlich ein Geschäft, wo wir 100 Millionen Mehrkosten durchwinken. Wenn wir das mal überlegen, was wir tun können mit diesen kleinen Beträgen, dann glaube ich, ist das ein Ort, wo wir sagen könnten: Ja, wir haben grundsätzlich unsere Prinzipien, aber die sind nicht da, um uns zu erwürgen, sondern um uns Massstab zu sein und wir können auch im Einzelfall mal über unseren Schatten springen. Ich meine, das hier sei eines dieser Geschäfte, wo wir über über unseren Schatten springen können.

Ich würde also als Einzelsprecher, nicht ganz allein in der Fraktion aber als Einzelsprecher, dem Antrag der SP, der auch von der liberaldemokratischen Partei und ich glaube von den Grünen unterstützt worden ist, ebenfalls unterstützen und bitten Sie, über Ihren Grundsatzschatten zu springen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Regierungsrat hat noch einmal das Wort.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wenn ich Ihnen heute Vormittag zuhöre, dann komme ich zum Schluss, unser Problem ist *embarras de richesse*. Das ist nicht dasselbe wie ein Luxusproblem. Es ist die Herausforderung, als Gemeinwesen adäquat mit so viel kulturellem Reichtum umzugehen. Es ist ein Privileg, dass wir derart grossartige Kulturinstitutionen haben in unserem kleinen Stadtkanton und es ist schön, dass wir eine lebendige Kulturszene haben, die auch immer neue Leistungen und Pläne erarbeitet. Aber es ist anspruchsvoll, sich als Subventionsgeber unterstützend, nachhaltig, fair und auch finanziell vernünftig zu verhalten.

Es ist immer verlockend, mehr zu geben, weil alle Institutionen und Angebote für sich sehr gute Argumente ins Feld führen. Wir müssen aber auch das grössere Ganze im Auge behalten. Wir müssen unsere Mittel fair verteilen und wir müssen auch die Kantonsfinanzen nachhaltig in der Zukunft unter Kontrolle haben. Deshalb kommt es dann zu Vertragsabschlüssen, die wir machen mit den Institutionen, die im Nachgang schon in der Kommission oder dann im im Plenum als noch ungenügend beurteilt werden. Man hätte gern mehr fair enough, das darf man immer sagen. Wir müssen irgendwo in dieser Mittelverteilung dann halt auch Grenzen ziehen und Beträge setzen. Wenn Sie darüber hinausgehen wollen, dann haben Sie selbstverständlich dieses Recht. Ich finde allerdings, es ist schon auch zu bedenken, dass Sie damit immer auch der

Verhandlungsposition des Kantons – und im Regierungsrat sind wir diejenigen, die verhandeln gemeinsam mit den Mitarbeitenden aus der Verwaltung – keinen Dienst erweisen, wenn Sie im Nachhinein dann jeweils grosszügig aufrunden. Das bitte ich Sie zu bedenken bei Ihrer Abstimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an die Kommissionspräsidentin Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Ich habe Verständnis für das Votum von Regierungsrat Lukas Engelberg betreffend Verhandlungsmandat. Ich wäre aber auch froh, wenn die Regierung Verständnis hätte, dass wir in den Kommissionen ja genau das machen müssen und dass halt der Ablauf so ist, dass wir einen Ratschlag, wenn er aus der Regierung kommt, nochmals anschauen müssen. Und ja, wir haben in der BKK wirklich intensiv diskutiert und ich glaube, wir haben gut abgewogen. Der Antrag, der jetzt auf dem Tisch liegt, haben wir in der BKK bereits diskutiert und er war nicht sehr eindeutig. Es war eine knappe Mehrheit, die dagegen war und nur eine knappe Minderheit, die unterlegen ist. Und darum finde ich auch die Diskussion zwischen LDP und FDP als immer wieder vermittelnde Kommissionspräsidentin nicht zielführend. Ich danke Ihnen für die Debatte.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten. Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses Seite 6 des Berichts.

Titel und Ingress.

Einziges Absatz

Hier liegen zwei Änderungsanträge vor, einer der Fraktion SP und einer der Fraktion SVP. Die Fraktion SP möchte die Staatsbeiträge auf 2,12 Millionen Franken erhöhen, die SVP auf 1,72 Millionen Franken senken. Wir führen die Debatte über die beiden Anträge und stimmen in einer Eventualabstimmung zuerst über diese beiden Anträge ab. Dann stellen wir den obsiegenden Antrag dem Antrag der BKK gegenüber.

Ich eröffne zu den Anträgen nochmals die Debatte. Möchten die Antragstellerinnen das Wort? Kommissionspräsidentin und Regierungsrat? Alle verzichten, das heisst, wir nähern uns dieser Eventualabstimmung.

Abstimmung

Eventualabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der SP, NEIN heisst Zustimmung zum Antrag der SVP

Ergebnis der Abstimmung

72 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0002799, 07.02.24 10:50:50*]

Der Grosse Rat beschliesst

eventualiter dem Antrag der SP zu folgen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 72 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung eventualiter für den Antrag der SP entschieden.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung mit dem obsiegenden Antrag gegen den Antrag der BKK.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der SP, NEIN heisst Ablehnung (d.h. Zustimmung zum Antrag der BKK)

Ergebnis der Abstimmung

66 Ja, 21 Nein, 5 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0002801, 07.02.24 10:51:46*]

Der Grosse Rat beschliesst

Zustimmung zum Änderungsantrag der SP

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Antrag der SP zugestimmt mit 76 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen. Wir führen die Detailberatung weiter.

Publikations- und Referendums Klausel.

Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 10 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002803, 07.02.24 10:52:32]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Literatur Basel werden Ausgaben in Höhe von Fr. 2'120'000 (Fr. 530'000 p. a.) für die Jahre 2024 bis 2027 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 78 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.

10. Förderung zeitgenössische Musik; Staatsbeiträge an das Musikbüro Basel für die Jahre 2024 bis 2026; Rahmenausgabenbewilligung Fachausschuss Musik BS/BL für die Jahre 2024 bis 2026/2029 im Präsidialdepartement, Abteilung Kultur, Ratschlag des RR

[07.02.24 10:52:44]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt 3,147 Millionen Franken zu bewilligen. Das Wort geht an die Präsidentin der BKK Franziska Roth.

Franziska Roth (SP): Wir kommen zum dritten Bericht der BKK. Er liegt Ihnen nicht schriftlich vor, darum berichte ich mündlich.

Beim vorliegenden Ratschlag handelt es sich um die Staatsbeiträge an das Musikbüro Basel und die Rahmenausgabenbewilligung für den Fachausschuss Musik beider Basel. Beide Beiträge sollen nur für drei Jahre gesprochen werden, da es die Absicht ist, den Staatsbeitrag an das Musikbüro Basel, jener für die Programmförderung der Clubs und die Rahmenausgabenbewilligung für den Fachausschussmusik beider Basel per 2027 zu synchronisieren und ab dann gemeinsam zu behandeln und zu beschliessen. Ab 2027 soll dann wieder eine vierjährige Staatsbeitragsperiode gelten.

Das Musikbüro Basel erbringt seinen Auftrag zur Musikförderung im Bereich Pop, Rock, Hiphop und so weiter im Auftrag der beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft beträgt zurzeit 220'000 Franken pro Jahr und ist dort im regulären Budget eingestellt. Es wird davon ausgegangen, dass diese Unterstützung für die nächste bei Staatsbeitragsperiode beibehalten wird. Vom Kanton Basel-Stadt wird das Musikbüro aktuell mit 586'000 Franken pro Jahr unterstützt. Das Musikbüro Basel agiert als Förderplattform nahe an der Szene und im engen Austausch mit ihr. Es vergibt auf der Basis von Ausschreibungen und beurteilt durch eine Fachjury Förderbeiträge an Musikerinnen und

Musiker, an Bands sowie an das Business in der Region Basel. Mit der Umsetzung der Trinkgeldinitiative wird das Musikbüro Basel neu als Partner im Bereich der Förderung der Populärmusik verstanden und hat in diesem Zuge auch neue Aufgaben übernommen. So soll neu mit 14 Angeboten in 10 Bereichen eine effektive, effiziente und nachhaltige 360-Grad-Förderung erfolgen. Diese Förderung findet sowohl individuell direkt wie auch strukturell statt, soll in die Breite, aber auch in die Tiefe wirken und alle zeitgenössischen Stile der Popmusik berücksichtigen. Bereits beschlossen ist, dass das Musikbüro Basel auch die Klubförderung übernimmt.

Für die neue Staatsbeitragsperiode hat das Musikbüro Basel um eine Erhöhung der Staatsbeiträge ersucht, um die lancierten Neuerungen und die neuen Aufgaben nachfrageorientiert umsetzen zu können. Der Regierungsrat ist auf einen Teil der Erhöhungsanfragen eingetreten. So soll beispielsweise das Lohnniveau angehoben werden, damit faire Arbeitsbedingungen geboten werden können. Mit dem erhöhten Staatsbeitrag sollen aber auch Angebote im Bereich Diversität und Inklusion geschaffen und eine Kreativitätsförderung im Rahmen von Werkbeiträgen eingeführt werden. So beantragt der Regierungsrat einen jährlichen Betriebsbeitrag von 759'000 Franken für das Musikbüro Basel. Die Erhöhung des Betriebsbeitrages geht vollumfänglich zu Lasten der eingeplanten Mittel zur Umsetzung der Trinkgeldinitiative.

Noch ein paar Worte zu den Rahmenausgaben für den Fachausschuss Musik Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Der Fachausschuss Musik ist zuständig für die projektorientierte Förderung der neuen Musik unter besonderer Berücksichtigung des zeitgenössischen klassischen Musikschaffens in der Region. Die vier bikantonalen Fachausschüsse werden seit 2022 im Total paritätisch finanziert. So hat der Kanton Basel-Landschaft die Mittel zugunsten der Fachausschüsse Tanz und Theater, Literatur und Musik einheitlich erhöht. Beim Fachausschuss Musik geschieht das jetzt umgekehrt. Der Beitrag aus Baselstadt soll von jährlich 90'000 Franken auf 290'000 Franken erhöht werden. Diese Erhöhung um 200'000 Franken soll vollumfänglich für die Förderung des zeitgenössischen Jazz und der improvisierten Musik eingesetzt werden. Auch diese Erhöhung der Mittel gehen vollumfänglich zu Lasten der eingestellten Mittel zur Umsetzung der Trinkgeldinitiative.

Mit eben dieser Umsetzung findet zurzeit auch die im Kulturleitbild angekündigte umfassende Überprüfung der Musikförderung statt. Um dem zielgerecht zu werden, ein flexibles Fördersystem zu haben, das die Bedürfnisse aller Genres und Produktionsweisen in der Musik berücksichtigt, soll ab 2025 auch der Fachausschuss Musik überprüft werden. Die BKK hat sich den Ratschlag an einer Sitzung vorstellen lassen. Inhaltlich hat die Kommission kaum diskutiert, da die zusätzlichen Mittel via Trinkgeldinitiative zur Verfügung stehen und zwei bewährte und bestehende Institutionen oder Gefässe berücksichtigt werden. Moniert wurde, dass die Kommission nicht überprüfen kann, ob die Zielgruppe auch tatsächlich erfasst wird. Ebenfalls wurde ein weiteres Mal angesprochen, dass die zusätzlichen Mittel der Trinkgeldinitiative möglichst Personen oder Gruppen aus dem Kanton Basel-Stadt zugutekommen sollten.

Da die Förderung an der Stadtgrenze aber nicht ganz genau scharf getrennt werden kann, wird es immer eine Schnittmenge geben. Der Kommission ist es darum wichtig, dass in dieser ersten Förderperiode genau geschaut wird, wo die Gelder der Trinkgeldinitiative hingehen, ob die Zielgruppe, die man erreichen möchte, auch tatsächlich erreicht, gefördert und unterstützt wird. Die Kommission erwartet auch, dass spätestens in den kommenden Ratschlägen darüber berichtet wird.

Die BKK heisst die Ausgaben für das Musikbüro Basel in der Höhe von 2,277 Millionen Franken für die Jahre 2024 bis 2026 einstimmig mit 12 Stimmen gut. Ebenfalls heisst die Kommission die Staatsbeiträge für den Fachausschuss Musik beider Basel für die Jahre 2024 bis 2026 in der Höhe von 870'000 Franken einstimmig mit 12 Stimmen gut.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat geht das Wort an Regierungsrat Lukas-Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir haben Ihnen den Sammelratschlag Förderung zeitgenössisches Musikschaffen vorgelegt, der zwei bisher separat behandelte Geschäfte umfasst, nämlich die Staatsbeiträge an den Verein Musikbüro Basel und die Rahmenausgabenbewilligung für den Fachausschuss Musik, gemeinsam mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft.

Der gesamte Bereich der zeitgenössischen Musikförderung ist stark im Umbruch. Mit der Erneuerung der Kulturpartnerschaft mit Basel-Landschaft wurde beschlossen, dass im Fachausschuss Musik neu eine Jazz-Förderung eingesetzt werden soll. Der Kanton Basel-Landschaft hat hierfür seine Beiträge an den Fachausschuss per 2022 erhöht. Mit der Umsetzung der Trinkgeldinitiative – das betrifft jetzt nur unseren Kanton – wird der Bereich der Populärmusik in allen Genres gestärkt, und diese Förderung wird wesentlich durch das Musikbüro wahrgenommen. Aber auch die Förderung von Jazz und improvisierter Musik wird verbessert werden.

Die vom Grossen Rat im November 2023 verabschiedete Club-Förderung wird ebenfalls die Arbeitsbedingungen von Musikerinnen und Musikern aus den Populärgenres positiv beeinflussen. Per Januar 2024 hat die Kulturabteilung Basel-Stadt die Geschäftsführung des Fachausschusses Musik BS/BL übernommen. Der Kanton Basel-Landschaft übernimmt im Gegenzug die Geschäftsführung des Fachausschusses Literatur.

Meine Damen und Herren, für den Regierungsrat ist die Weiterführung einer stabilen Förderpartnerschaft mit dem Kanton Basel-Landschaft essenziell. Für die gemeinsamen Fachausschüsse ist weiterhin eine paritätische Finanzierung gewahrt,

ebenso eine Aufgabenteilung, die Synergien nutzt und dadurch Ressourcenkosten sensibel einsetzt. Von vier Fachausschüssen werden jeweils zwei von den kantonalen Kulturämtern in Basel-Stadt oder Basel-Landschaft in der Geschäftsführung betreut. Beide Kantone stellen paritätisch Mittel zur Verfügung. Im Total sind das bis 2023 für die vier Ausschüsse 1,665 Millionen Franken pro Jahr, ab 2024 sind es dann, sofern Sie hier der vorgelegten Erhöhung durch Basel-Stadt auch zustimmen, 1,865 Millionen Franken pro Jahr und Kanton.

Das Musikbüro hat eine Leistungsvereinbarung mit beiden Kantonen. Für die Popmusikförderung durch das Musikbüro führt der Kanton Basel-Landschaft seine Beiträge autonom, die werden weitergeführt. Hier besteht keine vertragliche Vereinbarung zwischen beiden Kantonen. Sie haben geschildert bekommen, die Anträge, die wir stellen, sind Erhöhungen im Vergleich zu den bisherigen Beträgen. Ich möchte das nicht wiederholen. Sie sehen das natürlich in den Anträgen von Regierungsrat und Kommission. Wichtig ist, uns, dass die gesamte Erhöhung von Seiten Basel-Stadt im Rahmen der Trinkgeldinitiative zu 100 Prozent angerechnet wird für beide Bereiche des Sammelratschlags, also sowohl für das Musikbüro wie auch für den Jazz und improvisierten Musik. Die Erhöhung um 200'000 Franken im Fachausschuss Musik soll spezifisch der Jazz-Förderung zugutekommen.

Damit wird nun der letzte Umsetzungsschritt der Trinkgeldinitiative angegangen, so wie er im Umsetzungsvorschlag des Regierungsrats vom September 2021 formuliert war und von Ihnen im März 2022 bestätigt wurde. Dabei kommen 50 Prozent der Erhöhung von Fördermitteln durch die Umsetzung der Trinkgeldinitiative dem Bereich Musik und der Klubförderung zugute, das sind rund 1,6 Millionen Franken, der andere Teil geht an Sparten übergreifende Fördermassnahmen und die Erhöhung von einzelnen Staatsbeiträgen für Plattformen und Institutionen, für das junge Kunstschaffen und das Theaterschaffen.

Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie uns die Weiterführung unserer Förderpolitik und unserer Partnerschaft auch mit Basel-Landschaft hier ermöglichen und den Anträgen ihre Zustimmung erteilen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Regierungsrat und die Kommissionssprecherin verzichten in der zweiten Runde. Eintreten wurde nicht bestritten Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses 1

Staatsbeiträge an das Musikbüro, Seite 27 des Berichts

Titel und Ingress

1. Staatsbeiträge

2. Teuerungsausgleich

Publikations und Referendums Klausel

Schlussabstimmung Grossratsbeschluss 1.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002805, 07.02.24 11:06:05]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Für das Musikbüro Basel werden Ausgaben in Höhe von Fr. 2'277'000 (Fr. 759'000 p. a.) für die Jahre 2024 bis 2026 bewilligt.

2. Ein allfälliger Teuerungsausgleich gemäss § 12 des Staatsbeitragsgesetzes wird vom Regierungsrat jährlich beschlossen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben zugestimmt mit 86 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung. Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses 2, Fachausschuss Musik, Seite 28 des Berichts.

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

82 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002807, 07.02.24 11:06:54]

Der Grosse Rat beschliesst

Für Staatsbeiträge für den Fachausschuss Musik BS/BL für die Jahre 2024-2026/2029 wird

eine Rahmenausgabenbewilligung in Höhe von Fr. 870'000 (nicht indexiert) erteilt. Dabei

können Förderentscheide bis 31. Dezember 2026 getroffen und daraus resultierende Ausgaben bis 31. Dezember 2029 getätigt werden.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben auch dem Grossratsbeschluss zwei Fachausschuss Musik zugestimmt mit 82 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

11. Staatsbeitrag für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge (KOFFF) für die Jahre 2024 bis 2027, Bericht der GSK

[07.02.24 11:07:08, 23.0728.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Die Gesundheits und Sozialkommission beantragt, Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt 680'000 Franken zu bewilligen. Für die Kommission geht das Wort an deren Präsidenten Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (GAB): Die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge, auch KOFF genannt, vermittelt und koordiniert seit 2015 Kontaktpersonen an Asyl suchende und geflüchtete Personen in Basel in so genannten Tandems. Zudem hilft die KOFF auch bei der Vernetzung von Projekten und Organisationen im Migrationsbereich. Die Koordinationsstelle wird vom Roten Kreuz betrieben und vom Kanton Basel-Stadt und der CMS beauftragt. Seit 2017 bestehen Staatsbeiträge, es handelt sich also um ein langjähriges und professionelles Angebot in der Freiwilligenarbeit.

Die KOFF hat das Ziel, den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Integration zu stärken und ermöglicht menschliche wertvolle Begegnungen zwischen geflüchteten und hier wohnhaften Menschen, dies ganz im Sinne der Integrations AG in der Schweiz und dem kantonalen Integrationsgesetz, welches festhält, dass Integration ein gesamtgesellschaftlicher Prozess ist, welcher sowohl die Einheimischen wie die Migrationsbevölkerung einschliesst.

Beispielsweise vermittelt die KOFF Freiwillige an Wohngemeinschaften mit geflüchteten jungen Erwachsenen oder eben auch an einzelne Asylsuchende und Flüchtlinge, um unter anderem beim Deutschlernen, bei Fragen im Alltag und bei der Wohnungs- und Arbeitssuche zu unterstützen. Die Koordinationsstelle arbeitet zudem eng mit der Sozialhilfe Basel-Stadt zusammen, welche für die Unterbringung, Betreuung und Integration der Asylsuchenden und Flüchtlingen beauftragt ist.

Der Regierungsrat beantragt die Fortführung des Staatsbeitrags für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge für die Jahre 2024 bis 2027 von insgesamt 680'000 Franken jährlich also 170'000 Franken. Der aktuelle Vertrag ist Ende 2023 ausgelaufen, infolge des Ukrainekriegs und der Zunahme von geflüchteten Menschen mussten Zusatzbeiträge gesprochen werden. Die ursprüngliche Finanzhilfe von 65'666 Franken wurde Mitte 2022 für die Jahre 2022 und 2023 um rund 56'000

Franken auf eine Finanzhilfe von insgesamt 122'000 Franken im Jahr erhöht. Zudem finanziert wird auch die CMS das Angebot mit 61'000 Franken.

Diese Erhöhung wurde von der Finanzkommission bewilligt. Seit der Übernahme des Projekts durch die SRK besteht ein strukturelles Defizit, welches von der gemeinnützigen Organisation mit Eigenmitteln getragen wird. Aus diesen Gründen hat die SRK einen Erhöhungsantrag gestellt, um der höheren Nachfrage gerecht zu werden und die Tandems auch in Zukunft auf 52 halten zu können. Diese erfordert eine Erhöhung der Personalressourcen um 45 Prozent auf total 230 Stellenprozente. Diese Erhöhung wurde vom Departement bewilligt. Ein weiterer Antrag zur Finanzierung von zusätzlichen Projekten wurde hingegen abgelehnt und somit soll der Gesamtbeitrag zur Finanzierung der KOFF ab 2024 neu bei 255'000 Franken liegen. Davon stammen 137'000 Franken aus dem WSU, 33'000 Franken aus dem PD, und 85'000 Franken sollen in der Zukunft von der CMS fliessen. Einen wesentlichen Teil der Finanzierung des Angebots, also mehr als die Hälfte, wird von der SRK über Eigenleistungen und zu einem grossen Teil mittels Freiwilligenarbeit zur Verfügung gestellt.

Die GSK hat den Ausgabenbericht an zwei Sitzungen in Anwesenheit des Vorstehers des WSU und dem Amtsleiter der Sozialhilfe behandelt. Nach einer kurzen Diskussion innerhalb der GSK war klar, dass das Angebot der KOFF auch in Zukunft mit finanziellen Mitteln unterstützt werden muss. Der Bedarf an einer 1 zu 1-Begleitung durch Freiwillige ist klar erwiesen und zeigt sich auch deutlich an der kontinuierlichen Zunahme der Tandems in den letzten Jahren.

Neben den Aufgaben in der Begleitung im Alltag gehört es auch zur Tätigkeit der Koordinationsstelle, neue Freiwillige zu rekrutieren und diese zu schulen, weiterzubilden und Supervision anzubieten. Die Sozialhilfe wird durch das Angebot wesentlich entlastet und ergänzt. Die Asylsuchenden und geflüchteten Menschen profitieren durch das Angebot von gesellschaftlichen Zugängen, die durch das Amt gar nicht oder nur schwer erwirkt werden können. Für eine integrative Begleitung der geflüchteten Menschen ist das Angebot der KOFF unerlässlich.

Die GSK beantragt einstimmig dem Grossen Rat, den Staatsbeitrag an die Koordinationsstelle für Flüchtlinge für die kommenden vier Jahre 2024 bis 2027 in der Höhe von insgesamt 680'000 Franken zuzustimmen. Die GSK bedankt sich bei der KOFF für die bisher geleistete Arbeit und ist überzeugt, dass die KOFF auch in Zukunft einen wertvollen Beitrag für die Integration und den gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten wird.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Die Situation im Asylbereich ist zurzeit sehr anspruchsvoll. Viele Menschen sind auf der Flucht, viele Menschen stellen Asyl in der Schweiz. Der Bund ist dabei zurzeit sehr stark gefordert, die nötigen Ressourcen für die Unterbringung und auch insbesondere für die Behandlung der Gesuche zu erbringen. Der Bund fällt dann die Entscheide über die Gesuche, ob Menschen bleiben können, als vorläufig Aufgenommene oder als anerkannte Flüchtlinge, oder ob auf ihr Gesuch nicht eingetreten wird. Der Bund ist gefordert, dafür zu schauen, dass erstens die Pendenzen der Gesuchstellenden rasch abgebaut werden und dass auch die Rückführung der Menschen, die abgewiesene Gesuche haben, schneller vollzogen werden können, um die Asylsituation auch bei uns zu entspannen.

Viele Menschen erhalten aber einen positiven Entscheid nach der Prüfung, das heisst, sie bekommen eine Anerkennung als Flüchtlinge oder sie sind vorläufig aufgenommen. Hier ist der Kanton gefordert, diese Menschen unterzubringen, sie zu finanzieren und auch dafür zu schauen, dass ihre Integration hier bei uns in die Gesellschaft gelingt. Im Vordergrund stehen da sehr stark auch die Sprache und der berufliche Einstieg.

Da sind Freiwillige eine grosse Unterstützung und ich bin jetzt sehr dankbar für ihre Arbeit und die Arbeit der KOFF in diesem Bereich. Freiwilligenarbeit entlastet damit die Arbeit der Sozialhilfe und von uns als Kanton und Stadt und sie fördert insbesondere die Integration der Menschen, die hier bei uns bleiben. Und es funktioniert auch beidseitig, auch von den geflüchteten Menschen zu den Freiwilligen entstehen positive Kontakte und Effekte.

Aus diesem Grund ist das Angebot der Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge, die von der SRK geführt wird, enorm wichtig Sie schauen, dass Freiwillige sich melden können, rekrutiert werden. Sie schauen dafür, dass es zu einer Zusammenführung kommt der geflüchteten Menschen mit den Freiwilligen und sie begleiten diese Tandems auf ihrem Weg. Dieses Angebot ist sehr erfolgreich, die Zahlen sind steigend. Im Jahr 2020 waren es noch 191 Tandems, im Herbst letzten Jahrs waren es schon 280. Diese Entwicklung ist sehr positiv zu werten und wir als Kanton und Stadt haben ein grosses Interesse, dass diese Arbeit wirkungsvoll und erfolgreich weitergeführt werden kann.

Aus diesem Grund beantragt Ihnen der Regierungsrat eine Erhöhung des Staatsbeitrags an die KOFF um 48'000 Franken auf neu insgesamt 170'000 Franken pro Jahr, dies mit dem Ziel, dass das Potenzial an Freiwilligen möglichst ausgeschöpft werden können kann und dass auch genügend Zeit für die Tandems zur Verfügung steht, damit sie wirkungsvoll agieren können.

An dieser Stelle möchte ich danken. Ich möchte all den Freiwilligen danken, die bereit sind, diese wichtige Integrationsarbeit zu leisten zugunsten der geflüchteten Menschen und zugunsten unserer Gesellschaft. Ich möchte dem SRK und seinen

Mitarbeitenden danken. Ich möchte der CMS-Danken für ihre Mitfinanzierung und auch für die Erhöhung ihrer Unterstützung, gleichzeitig mit dem Kanton, und ich bedanke mich auch bei der GSK für die Prüfung unseres Antrags.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es wurden keine Fraktionsvoten eingetragen. Damit geht das Wort als Einzelsprecher an Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Grossrat der Liste Ausländer Stopp stelle ich Antrag auf Rückweisung und Nichteintreten. Ich muss einfach sagen, die hohle Hand aufmachen geht nicht. Es bringt viele Bürger in Wallung, auch mich. Wir reden hier über den Betrag von einer Million. Dann heisst es wieder, es ist freiwillig. Aber wenn es freiwillig ist, warum kriegen die Leute dann Geld? Also ich verstehe es nicht, auch wenn ich im Gymnasium gewesen bin, freiwillige Arbeit ist gratis. Das nennt sich auf Hochdeutsch ehrenamtliche Arbeit. Warum gibt es denn Geld?

Wenn ich das Wort Flüchtlinge höre oder lese, wie jetzt heute am Morgen in der Tagesordnung, dann steigt bei mir der Blutspiegel. Es ist für mich ein Reizwort und es macht sich Wut breit und es kommen Wörter wie Benachteiligung hoch. Das sagen immer mehr Leute. Als Einthema-Partei muss ich zu dieser Sache reden und ich bitte auch die SVP, bei dieser Abstimmung entweder Nein zu stimmen mit mir oder sich anstandshalber zu enthalten.

Der Herr Präsident hat heute Morgen eine gute Rede, in der es auch um das Thema Ausländer gegangen ist. Ich bin einverstanden, was er gesagt hat, aber Sie haben auch gesagt, es gibt verschiedene Meinungen, man muss die verschiedenen Meinungen akzeptieren und man muss die verschiedenen Meinungen aushalten können. Es fiel das Wort schamlose Infragestellung von humanitärer Hilfe.

Wenn viele Leute, die Schweizerdeutsch reden, nichts zum Essen haben, dann verstehe ich das. Es ist einfach bei der Bevölkerung ein gewisser Neid da, eine gewisse Eifersucht und ein Verlierergefühl. Dann wird von diesen Leuten eine Politik gemacht, die nicht akzeptiert, dass so viele Gelder an Leute fliessen.

Ich selber habe grosses Verständnis für Flüchtlinge. Meine Mutter ist als Flüchtling aus der DDR gekommen, weil sie nichts mit dem Kommunismus zu tun haben wollte. Aber die Leute, die damals aus der Tschechoslowakei und der DDR kamen, haben alle gearbeitet bis zur Pensionierung.

Es wurde gesagt, Tandems förderten den gesellschaftlicher Zusammenhalt. Aber den gesellschaftlichen Zusammenhalt kann ich nicht sehen und ich weiss, was draussen los ist. Wenn man der Bevölkerung auf den Zahn fühlt, weiss man, dass die Bevölkerung das nicht will. Und ich möchte das auch nicht. Darum stimme ich mit gutem Herzen Nein.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Möchte der Regierungsrat nochmals das Wort? Er verzichtet. Der Kommissionspräsident verzichtet ebenfalls. Eintreten wurde bestritten von Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer auf das Geschäft eintreten will, stimmt JA, wer nicht eintreten will stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002809, 07.02.24 11:22:15]

Der Grosse Rat beschliesst

Eintreten

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben beschlossen, auf das Geschäft einzutreten mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Auch Rückweisung wurde beantragt von Eric Weber. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 73 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002810, 07.02.24 11:22:56]

Der Grosse Rat beschliesst

die Abstimmung wird wiederholt.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Wir wiederholen die Abstimmung.

Abstimmung

Wer den Bericht zurückweisen will, stimmt JA, wer nicht zurückweisen will stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 89 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002812, 07.02.24 11:23:34]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben beschlossen, das Geschäft nicht zurückzuweisen mit 89 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme bei keiner Enthaltung.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 5 des Berichts

Titel und Ingress,

einzigster Absatz.

Publikationsklausel.

Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002814, 07.02.24 11:24:18]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Koordinationsstelle Freiwillige für Flüchtlinge KOFFF werden für die Jahre 2024 bis 2027 Ausgaben von insgesamt Fr. 680'000 (Fr. 170'000 pro Jahr) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei keiner Enthaltung.

Oliver Bolliger (GAB): Beim beantragten Staatsbeitrag an die Initiative CLINNOVA für die kommenden drei Jahre handelt es sich um eine erstmalige Finanzhilfe. CLINNOVA Innovation in Healthcare ist eine Forschungsinitiative mehrerer Universitäten und Kliniken in Luxemburg, Deutschland, Frankreich und der Schweiz. CLINNOVA konzentriert ihre Forschungstätigkeit auf

drei Autoimmunerkrankungen, darunter Multiple Sklerose, die häufigste Immunkrankheit des Nervensystems. Das Projektziel von CLINNOVS ist die Erschliessung des Potenzials von künstlicher Intelligenz im Zusammenhang mit grossen Datenmengen für das Gesundheitswesen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen Aufschluss zu Wirksamkeit von Therapieformen in unterschiedlichen medizinischen Gebieten geben. Die Gesamtverantwortung für die wissenschaftliche Koordination der verschiedenen Arbeitspakete liegt in der Schweiz am Universitätsspital Basel und der Universität Basel. Geforscht wird hauptsächlich im Basler Research Center for Clinical Neuroimmunologie and Neuroscience. Dieses Center ist eine Non-Profit-Stiftung des USB und der Universität Basel und genießt auf dem Gebiet der Multiple Sklerose-Forschung ein internationales Ansehen.

Die bisherige Vorstudie, welche Ende letztes Jahr ausgelaufen ist, wurde mit Mitteln des Bundes und der Kantone finanziert. Nun beginnt die produktive Projektphase mit drei simultanen Arbeitspakete für den Standort in Basel. Es handelt sich dabei um folgende: Aufbau einer IT-Infrastruktur mit dem notwendigen Datenschutz, prospektive klinische Studie mit der Anwendung künstlicher Intelligenz auf die grossen Datenmenge eben im Bereich Multiple Sklerose und für die Projektkoordination und Kommunikation sowie juristische und ethische Beratung. Für die produktive Projektphase ab 2024 beteiligen sich die Region Grand Est und Luxemburg mit je 20 Millionen Franken und das Land Baden-Württemberg mit 10 Millionen Franken. Für den Standort Basel wurden abgesehen von der Eigenbeteiligung der Universität und des USB und des Forschungszentrums noch keine Finanzen bewilligt. Damit der Standort Basel sich an der produktiven Projektphase beteiligen kann, wurden von Seiten des USB und der Universität ein finanzieller Beitrag von 4 Millionen Franken für die kommenden drei Jahre beantragt. Die Eigenbeteiligung der Projektseite beträgt ein Drittel, der Kanton würde sich mit zwei Dritteln an den Kosten beteiligen.

Aus Sicht der Regierung stimmt das Projektkino mit den Eignerstrategien für das USB und für die Universität überein. Die Nutzung von grossen strukturellen Datenmengen ist ein dringendes Bedürfnis im Gesundheitswesen und CLINNOVA bietet eine hervorragende Gelegenheit, einen Beitrag zur Spitzenforschung zu leisten und das USB und die Universität als innovativen Partner zu positionieren als auch Basel an ein europäisches Netzwerk zur Nutzung von reichhaltigen Datenquellen und der personalisierten Medizin anbinden zu können. Der Regierungsrat beantragt deshalb einen Staatsbeitrag für die Initiative CLINNOVA für die Jahre 2024 bis 2026 in der Höhe von insgesamt 4 Millionen Franken in Form einer Finanzhilfe.

Der Ratschlag wurde von Seiten des Departements durch den Vorsteher und den Leiter Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen sowie von Seiten der Universität und Universitätsspital vom Direktor des Forschungszentrums und von der Gesamtprojektverantwortlichen vorgestellt. Die GSK hat den Ratschlag an zwei Sitzungen behandelt. Die GSK unterstützt die Vorlage. Es ist ihr aber sehr wichtig, dass die Ergebnisse der Grundlagenforschung durch die Trägerstiftung abgesichert werden. Allfällige Materialgüteransprüche sollen in einem institutionellen Rahmen bleiben, da diese durch die öffentliche Hand finanziert wurden. Nutzung durch Dritte beziehungsweise Private müssten abgegolten werden.

Die GSK begrüsst auch die Teilnahme am Forschungsprojekt, weil es unter anderem auch um wichtige Grundlagenforschung zur Multiplen Sklerose geht und hier hat Basel eine wertvolle Position. Im regionalen Krankheitsbild hat MS eine grosse Bedeutung und medizinischer Fortschritt in der Behandlung der Krankheit ist sehr zu begrüßen. Die GSK sieht es aber auch durchaus kritisch, dass für ein solches spezifisches und wichtiges Forschungsprojekt die Form einer kantonalen Finanzhilfe gewählt werden muss und andere Zugänge über Bundesgelder aus dem Nationalfonds oder weitere finanzielle Forschungsmittel nicht beantragt beantragt werden konnten. Es handelt sich ja dabei im Gegensatz zum Beispiel zum IUB nicht um ein ganzes Institut, sondern um ein Forschungsprojekt. Auch der zeitliche Druck irritiert die GSK, so dass ohne die Finanzierung von Seiten des Kantons das wichtige Forschungsprojekt zwischen Stuhl und Bank fallen würde.

Die GSK begrüsst das Ansinnen der Regierung, dass die Finanzierung von CLINNOVA nach 2026 ohne Staatsbeiträge gesichert werden soll. Aufgrund der Trägerschaft mit der bikantonalen Universität Basel bedauert die GSK, dass sich der Kantons Basel-Landschaft nicht am Forschungsprojekt beteiligen will. Insgesamt sieht die GSK aber ein Problem bei der Verantwortungsübernahme vor allem durch den Bund. Zukünftige Forschungsprojekte im Bereich der Spitzenmedizin können nicht allein durch kantonale Finanzhilfen getragen werden.

Ein Teil der Kommission weist auf den Umstand hin, dass nun zum wiederholten Male für wissenschaftliche technische Grossprojekte unter Zeitdruck hohe finanzielle Mittel beantragt werden müssen, dies unter anderem auch unter dem Gesichtspunkt, dass für soziale Projekte teilweise um viel geringere Mittel gerungen werden muss. Doch dieser Aspekt allein ist für die GSK kein Hinderungsgrund, dem vorliegenden Ratschlag zuzustimmen.

Die GSK beantragt nach eingehender Debatte dem Grossen Rat, die Beschlussvorlage Staatsbeitrag für die Initiative CLINNOVA für die Jahre 2024 bis 2026 zuzustimmen und insgesamt Ausgaben von 4 Millionen Franken für die drei kommenden Jahre zu sprechen.

12. Staatsbeitrag für die Initiative «CLINNOVA – Innovation in Healthcare» für die Jahre 2024 bis 2026», Bericht der GSK

[07.02.24 11:24:31, 23.0958.02]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort geht an den Präsidenten der GSK Oliver Bolliger.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Das Wort hat nun Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Wir beantragen Ihnen mit dem vorliegenden Ratschlag die Bewilligung von Ausgaben für einen Staatsbeitrag für die Initiative CLINNOVA Innovation in Healthcare für die Jahre 2024 bis 2026 in der Höhe von insgesamt 4 Millionen Franken. Die Forschungsinitiative CLINNOVA, die von Luxemburg, Deutschland und Frankreich mitgetragen wird, setzt sich zum Ziel, das Potenzial von künstlicher Intelligenz im Zusammenhang mit grossen Datenmengen für das Gesundheitswesen besser zu erschliessen. Daten von Patientinnen und Patienten können, wenn sie in grosser Zahl vorliegen, automatisiert miteinander vernetzt und analysiert werden. Mittels präziser Algorithmen können Erkenntnisse zur Wirksamkeit von Therapieformen gewonnen werden. CLINNOVA sieht die Entwicklung von grenzüberschreitenden Forschungsplattformen vor, in denen die Datenpools der einzelnen Forschungsstandorte analysiert werden können. Dabei werden nicht die Daten reisen, sondern es werden die Analysealgorithmen reisen stellen sich also insofern nicht grosse grenzüberschreitende Probleme im Datenschutz.

Für die Datenanalyse ausgewählt wurden beispielsweise Krankheitsbilder aus dem Bereich der häufigsten chronischen Autoimmunerkrankungen, Multiple Sklerose, rheumatoide Arthritis und entzündliche Darmerkrankungen. Gerade im Bereich der MS-Grundlagenforschung ist der Standort Basel führend und verfügt mit dem MS-Zentrum am Universitätsspital über einen einzigartigen Datenpool, der von hochkompetenten, international führenden multidisziplinären Forschungsgruppen gepflegt und genutzt wird. Durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Projektpartnern kann die Menge an qualitativ hochwertigen medizinischen Daten nochmals signifikant vergrössert und damit eine kritische Masse erreicht werden, die für die Entwicklung von aussagekräftigen Modellen notwendig ist.

Die Projektschritte und die Zahlen hat Ihnen der Kommissionssprecher schon ausführlich geschildert, ich möchte das hier nicht wiederholen. Ich möchte vielleicht kurz eingehen auf einen Punkt, den der Kommissionssprecher sehr zu recht moniert hat, nämlich ob das nicht ungewöhnlich sei, dass wir diese Art von Projekt hier als Kanton unterstützen. Dazu kann ich sagen, dass wir alternative Finanzierungsmöglichkeiten selbstverständlich auch geprüft haben. Eine Weiterführung des Projekts durch Mittel der neuen Regionalpolitik ist aufgrund der zu geringen Mittel nicht möglich, eine Mitfinanzierung durch den Bund ebenfalls nicht, das ist bedauerlich, aber irgendwie erklärbar. Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO macht keine Forschungsförderung, die ist bei Innosuisse oder beim Nationalfonds, und die unterstützen indessen keine Infrastrukturprojekte. Unser Projekt hier ist ein Hybrid zwischen Forschungs- und Infrastrukturprojekt, etwas Besonderes. In diesem Fall glauben wir, ist es legitim, dass wir als Kanton und als Träger der Institutionen, die hier mitwirken, einspringen.

Das vorliegende Projekt ist eine hervorragende Gelegenheit, einen Beitrag zur Spitzenforschung zu leisten, das Unispital und die Universität Basel als innovative Partner für die in unserer Region so bedeutsame Life-Sciences-Industrie zu positionieren sowie die Ausstrahlung und Bedeutung dieser Institutionen in einem wichtigen Gebiet der Medizin entscheidend zu stärken. Dadurch kann für den Forschungs- Gesundheits- und Wirtschaftsstandort Basel ein wichtiges Signal ausgesandt werden.

Da CLINNOVA mit der beantragten Anfangsinvestition in den ersten drei Jahren 2024 bis 2026 die Basis für die transnationale Forschung entscheidend verbessern und vergrössern wird, haben alle an diesem Projekt Beteiligten ein grosses Interesse an der Fortsetzung von CLINNOVA nach 2026 und werden Wege finden, in Zusammenarbeit mit verschiedenen nationalen und internationalen Förderorganisationen sowie mit der Industrie, die notwendigen Mittel für die Weiterführung des Projekts aufzubringen. Vor diesem Hintergrund soll aus heutiger Sicht das Staatsbeitragsverhältnis nach 2026 grundsätzlich nicht weitergeführt werden.

Der Regierungsrat ist überzeugt, dass die avancierte Nutzung strukturierter Gesundheitsdaten einem dringlichen Bedürfnis des gesamten Gesundheitswesens entspricht. Die Erschliessung des Potenzials von künstlicher Intelligenz im Zusammenhang mit grossen Datenmengen kommt der Spitzenforschung, der klinischen Forschung und der medizinischen Produkteentwicklung, dann aber auch der Gesundheitsversorgung und somit den Patientinnen und Patienten zugute, in Zukunft möglicherweise auch vermehrt der Prävention.

Eine Finanzierungszusage ist die klare Willensbekundung zugunsten der medizinischen Forschung und der gezielten Weiterentwicklung der darin tätigen Institutionen sowie zur Stärkung des Life-Sciences-Standorts Basel. Sie unterstreicht die Wettbewerbsfähigkeit des Unispitals und der Universität Basel sowie deren Bedeutung für die Leitindustrie der Region und sendet dadurch auch ein politisch wichtiges Signal aus. Auch ist die klare Willensbekundung zur Intensivierung der

internationalen Forschungszusammenarbeit in Europa hervorzuheben. Sie wissen, dass wir das bei jeder Gelegenheit betonen, dass die Schweiz wieder vollen, gleichberechtigten Zugang zu den europäischen Forschungsprogrammen braucht. Hier haben wir eine Möglichkeit, in einem separaten Rahmen in ähnliche Projekte einzusteigen und das ist auch ein wichtiges Bekenntnis, das wir hier abgeben können. Ich bin also dankbar, wenn Sie unseren Anträgen zustimmen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde verzichten der Regierungsrat und auch der Kommissionssprecher. Eintreten wurde nicht bestritten Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 6 des Berichts

Titel und Ingress

einzigster Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002816, 07.02.24 11:38:16]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Initiative «CLINNOVA – Innovation in Healthcare» werden für die Jahre 2024 bis 2026 Ausgaben von insgesamt Fr. 4'000'000 (2024: Fr. 1'560'000, 2025: Fr. 1'295'000, 2026: Fr. 1'145'000) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig zugestimmt mit 90 Ja-Stimmen.

13. Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisation zur Erweiterung der Beachhalle Im Wasenboden 6, 4056 Basel, Ratschlag des RR

[07.02.24 11:38:29, 23.0507.01]

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für die Kommission JSSK hat das Wort Gabriel Nigon.

Gabriel Nigon (LDP): Zur Ausgangslage: Mit seinem Ratschlag beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, für die Projektierung und Realisation der Erweiterung der Beachhalle Basel am Standort Im Wasenboden Brückenkopf eine einmalige Ausgabe in der Höhe von 2,35 Millionen Franken. Im Wesentlichen soll mit diesem Projekt die Beachhalle Basel unter der Strassenbrücke Luzernerring um zwei weitere Trainings-Felder für Beachvolleyball ausgebaut werden, da diese Flächen durch das Tiefbauamt nicht mehr genutzt werden. Gestützt auf eine Machbarkeitsstudie und die darauf basierende Kostenschätzung mit einer Kostengenauigkeit von +/- 20 Prozent werden die Kosten mit 2,35 Millionen Franken veranschlagt. Darin ist eine Reserve von 20 Prozent für Unvorhergesehenes eingerechnet. Für die näheren Ausführungen wird auf den Ratschlag verwiesen.

Zum Vorgehen der Kommission: Die JSSK befasste sich an den drei Sitzungen vom 10. Januar, 17. Januar sowie 24. Januar 2024 mit der Vorlage. Anlässlich der ersten Sitzung wurde das Projekt durch die Verwaltung, vertreten durch die Herren Steve Beutler ED, Christian Mehlisch FD und Stefan Segessenmann BVD präsentiert. Im Anschluss an die zweite Sitzung

wurde die Verwaltung um eine schriftliche Stellungnahme zu den Alternativen einer Beachhalle ersucht. Im Rahmen der dritten Sitzung wurden die Antworten der Verwaltung vom 23. Januar 2024 diskutiert.

Zu den Erwägungen der Kommission: Diskutiert wurde, Beachhalle Im Wasenboden die optimalste Lösung darstellt oder durch die Errichtung von Ballonüberdachungen von bestehenden Feldern im St. Jakob oder auf dem Rankhof mehr und kostengünstigere Winterplätze für Training und Wettkämpfe geschaffen werden könnten. Gemäss der erwähnten Antwort der Verwaltung werden auf der Sportanlage St. Jakob im Winter zwei Drittel der beleuchteten Beachvolleyballfelder vom Sand befreit und für den Fussball genutzt. Zudem verhindert der dortige Teilzonenplan der Gemeinde Münchenstein die für den Beachvolleyball erforderliche Gebäudehöhen. Im Rankhof werden die baulichen Gegebenheiten als schwierig eingeschätzt. Zudem wird angenommen, dass eine Traglufthalle für zwei Beachvolleyballfelder einer Investition von rund 2,76 Millionen Franken bedarf. Die Kommission kam deshalb zum Schluss, dass sich durch den Auszug des Tiefbauamtes aus der besagten Liegenschaft eine Opportunität für den Beachvolleyball ergeben hat, welche wahrgenommen werden soll.

Zum Antrag der Kommission: Am 24. Januar 2024 beschloss die Kommission mit 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Grossen Rat die Genehmigung des Beschlussentwurfs zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Projektierung und Realisation zur Erweiterung der Beachhalle Im Wasenboden 6 in Basel zu beantragen. Des weiteren beschloss die Kommission stillschweigend mündliche Berichterstattung und bestimmte den hier Sitzenden zum Sprecher der Kommission. Im Namen der JSSK bedanke ich mich für ihre Aufmerksamkeit und Zustimmung.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für den Regierungsrat geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Zuerst einmal vielen herzlichen Dank an die Kommission für die kritischen Fragen und für die sehr rasche Behandlung. Ich glaube, das ist wirklich auch wichtig gerade mit Blick darauf, dass es wenig Sinn machen würde, wenn wir im ersten Quartal 2026 fertig würden mit diesem Projekt, denn die Halle wird ja vor allem im Winter genutzt. Die schnelle Behandlung stellt sicher, dass wir das auch wirklich für den übernächsten Winter bereitstellen können.

Es wurde erwähnt vom Kommissionssprecher, dass das wirklich eine Chance ist. Es sind dort bereits sanitäre Anlagen vorhanden, es gibt Umkleidekabinen, die jetzt intensiver genutzt werden können. Man kann das erweitern in den Räumlichkeiten gleich nebenan. Da gibt es wirklich auch Möglichkeiten für Synergien in den jetzigen Räumlichkeiten. Es ist auch klar, die Nachfrage ist da. Während es im Sommer zahlreiche Trainingsmöglichkeiten über die ganze Stadt und über den ganzen Kanton verteilt gibt, müssen sich im Winter im Kanton Basel-Stadt alle Beach-Sportler dieses eine Feld teilen. Deshalb freue ich mich über die einstimmige Zustimmung der Kommission und bitte Sie, diese Ausgabenbewilligung zu sprechen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Fraktionsvotum hat sich Gianna Hablützel-Bürki eingetragen für die SVP.

Gianna Hablützel-Bürki (SVP): Ich stehe heute vor Ihnen, um meine Bedenken hinsichtlich der vorgeschlagenen Erweiterung der Beachvolleyhalle um 2,35 Millionen Franken zum Ausdruck zu bringen. Es ist bedauerlich, dass der Regierungsrat erneut versäumt hat, die notwendige Sorgfalt walten zu lassen, um die optimalen Lösungen für unsere Gesellschaft zu erarbeiten. Die Tatsache, dass die Idee einer Erweiterung ohne vorherige Konsultation von Sportexperten und Verantwortlichen beziehungsweise Betroffenen präsentiert wurde, ist leider nicht überraschend. Die Argumentation, wonach die Halle von einem auf drei Beachfelder mit minimalem baulichem und finanziellem Aufwand erweitert werden soll, erscheint oberflächlich. Es stellt sich die Frage, ob 2,35 Millionen Franken tatsächlich als minimaler finanzieller Aufwand für eine Erweiterung gelten können, die lediglich ein zusätzliches Feld von Normgrösse und ein kleines Feld für den Nachwuchs vorsieht. Es obliegt unserer Verantwortung, den Sport in Basel zu fördern, doch dies erfordert eine sorgfältige Planung und Rücksichtnahme auf die breite Palette sportlicher Bedürfnisse.

Es ist fraglich, ob ernsthafte Bemühungen unternommen wurden, alternative Räumlichkeiten zu finden, die sämtlichen Anforderungen des Beachvolleyballsports gerecht werden. Trainings-Felder sollten den gängigen Normen entsprechen, um allen Athleten optimale Trainingsbedingungen zu bieten. Wir alle wissen, Basel leidet zweifellos unter einem Mangel an Hallen und Trainingsflächen für den Vereinssport. Wenn wir wirklich etwas für den Basler Sport tun wollen, müssen wir sicherstellen, dass unsere Investitionen nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig nachhaltig sind und ausreichend Platz für umfassendes Training bieten. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Anliegen des Sports nicht halbherzig behandelt, sondern dass endlich konkrete Massnahmen ergriffen werden.

Der Grosse Rat hat die Verantwortung sicherzustellen, dass die vorgeschlagenen Investitionen nicht nur dem einfachsten, sondern dem besten Ergebnis für die Gesellschaft dienen. Daher appelliere ich an Sie, diesen Vorschlag kritisch zu hinterfragen und sicherzustellen, dass alternative Lösungen und Bedürfnisse künftig im Bereich des Vereinssports

angemessen berücksichtigt werden. Wir müssen sicherstellen, dass die bereitgestellten Mittel effektiv und verantwortungsbewusst eingesetzt werden.

Dennoch ist es im Interesse des Sports unumgänglich, heute eine Zustimmung zu einem Ratschlag zu geben, der grundsätzlich zurückgewiesen werden muss, da er in seiner gegenwärtigen Form nicht akzeptabel ist. Wir können jedoch keine weitere Zeit verlieren, sondern müssen heute entscheiden. Nach dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach» beantrage ich im Namen der SVP-Fraktion die Zustimmung zu diesem Ratschlag.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Für ein Einzelvotum hat sich Alex Ebi eingetragen.

Alex Ebi (LDP): Ich danke für das ausführliche Votum von Gianna Hablützel-Bürki. Sie hat ganz viel und eigentlich alles auf den Punkt gebracht. Es geht genau um das, der Sport ist am Schluss oft in dieser Situation, dass man dann halt einfach sagt, besser das als gar nichts. Natürlich ist es schwierig in unserem Kanton, wir haben einfach zu wenig Platz. Das Sportanlagekonzept 2022 sagt das auch, wir sollten mehr Hallen haben.

Die Situation mit diesen Sporthallen dürfen wir einfach nicht aus den Augen verlieren. Wenn man dann etwas macht auf dem kleinen Platz für den Sport, dann ist wichtig, dass man das wirklich optimal dann auch wirklich einsetzt, jeden Franken, den wir für den Sport kriegen können, müssen wir optimal einsetzen. Und darum wäre es mir auch wichtig, dass die Hauptmieter, und das sind jetzt hier in diesem Fall die Beachvolleyballerinnen und die Beachvolleyballer, rechtzeitig gefragt werden: Was brauchen Sie ganz genau, was können wir dort richtig optimal machen, dass die 2,3 Millionen wirklich optimal eingesetzt werden?

Natürlich bin ich dafür, dass man das entgegennimmt. Natürlich nehmen wir das als Sportler und als Sportlerinnen dankend an. Grossartig, dass die Verwaltung an das gedacht hat. Und trotzdem, der Weg ist noch lange nicht zu Ende, viele Sportarten haben immer noch nicht die nötigen Räumlichkeiten, die sie brauchen.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein zweites Votum, der Kommissionssprecher ebenso.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

Detailberatung Seite 10 des Ratschlags

Titel und Ingress

einzigster Absatz

Publikations- und Referendums Klausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0002818, 07.02.24 11:51:13]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Projektierung und Realisation (inkl. Reserve) der Erweiterung der Beachhalle Basel am Standort «Im Wasenboden / Brückenkopf» wird eine einmalige Ausgabe in der Höhe von Fr. 2'350'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich, Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Bildung, Immobilien Basel-Stadt bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Claudio Miozzari, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss einstimmig zugestimmt mit 87 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung und keiner Nein-Stimme.

Ich hatte mir vorgenommen, mit dem nächsten Traktandum noch anzufangen, wenn wir noch mindestens 10 Minuten zur Verfügung haben. Das ist jetzt nicht mehr der Fall und somit entlasse ich Sie bereits in die Mittagspause.

Schluss der 1. Sitzung

11:51 Uhr